



philippinenbüro e.V.  
im Asienhaus



Ökumenewerk  
der Nordkirche  
Miteinander für globale Gerechtigkeit

philippinenbüro e.V. & Ökumenewerk der Nordkirche

# Rechte der Indigenen in den Philippinen

Lebensrealitäten · Herausforderungen · Selbstbestimmung

## ÜBER DIE HERAUSGEBENDEN ORGANISATIONEN

Seit bald vier Jahrzehnten tritt das **philippinenbüro** für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Solidarität in seiner entwicklungspolitischen Bildungsarbeit-, Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit zu den Philippinen ein. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus den Philippinen und der philippinischen Diaspora in Deutschland setzt das **philippinenbüro** auf Vernetzung, Information und politisches Engagement, das auch deutsche und europäische Politiker:innen sowie die Zivilgesellschaft in die Verantwortung nimmt.

Das **Ökumenewerk der Nordkirche** (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) gestaltet und fördert die Beziehungen der Nordkirche zu Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen in Afrika, Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika, Europa und im Pazifik. Gemeinsam mit weltweiten Partner:innen engagiert sich das Werk für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Seit 2015 besteht eine Zusammenarbeit mit der Iglesia Filipina Independiente (IFI) in den Philippinen, diese wird durch ökumenische Mitarbeiter:innen in der Seemannsmission Hamburg, einem Freiwilligenaustausch und Projektförderung intensiviert.

## IMPRESSUM

© 2024, **philippinenbüro** e. V. & Ökumenewerk der Nordkirche

Redaktion: Mirjam Overhoff, Hannah Wolf

Redaktionelle Begleitung und inhaltliche Beratung: Angela Dencker-Seibert, Isabel Friemann, Eric Gutierrez

Übersetzung: Diana Ramos-Dehn, Mirjam Overhoff, Hannah Wolf

Gestaltung und Layout: Zaadstra Design, Köln

Druck: Die Umweltdruckerei

ISBN 978-3-933341-96-5

Fotorechte: Hannah Wolf (Titel, S. 2, 9, 10, 11, 21), Fr. Edwin Gariguez (S. 12, 13), Gebhard Körte (S. 14, 15), Patrice Amor (S. 18), Dieter Zabel (S. 19), Mirjam Overhoff (S. 20), IFI (S. 23), Irene dela Torre (S. 25)

# Inhalt

<b>Abkürzungen</b> .....	<b>4</b>
<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>6</b>
 <b>1. Recht auf Land</b>	
<b>Land, Leben und Entwicklungsaggression – Der Kampf der Tumandok</b> Von Cynthia Deduro und Hannah Wolf .....	<b>8</b>
<b>Die vergessenen Fronten des Klimawandels und des Ressourcenabbaus</b> Von Fr. Edwin Gariguez .....	<b>12</b>
<b>„Sieben Generationen im Blick“</b> Vicky Tauli-Corpuz im Interview mit Gebhard Körte .....	<b>14</b>
 <b>2. Recht auf Bildung und Gesundheit</b>	
<b>Indigene Schulen im südlichen Mindanao</b> Von Patrice Amor .....	<b>17</b>
<b>Babaylanes und der Schutz von traditionellem Wissen</b> Von Eric Gutierrez .....	<b>20</b>
 <b>3. Recht auf Partizipation und Schutz vor Gewalt</b>	
<b>Pink Vested Advocates: Präsenz inmitten von Gewalt</b> Von Christy Mae Quimno .....	<b>22</b>
<b>Der Kampf um volle Anerkennung ihrer Rechte hält an: Indigene Gemeinschaften in der Bangsamoro Region</b> Von Lena Muhs .....	<b>24</b>
<b>Endnoten</b> .....	<b>28</b>
<b>Über die Organisationen</b> .....	<b>30</b>
<b>Über die Redaktion</b> .....	<b>31</b>

# Abkürzungen

<b>BARMM</b>	Bangsamoro Autonomous Region of Muslim Mindanao
<b>CADT</b>	Certificate of Ancestral Domain Title
<b>Dagsaw PGIPnet</b>	Dagsaw Panay Guimaras Indigenous People's Network
<b>DepEd</b>	Department of Education
<b>DSAC</b>	Diocesan Social Action Center
<b>FFTMS</b>	Fr. Fausto Tentorio Memorial School Inc.
<b>forumZFD</b>	Forum ziviler Friedensdienst
<b>FPIC</b>	Free, Prior and Informed Consent
<b>ICC</b>	Indigenous Cultural Communities
<b>IFI</b>	Iglesia Filipina Independiente
<b>IP</b>	Indigenous Peoples
<b>IPRA</b>	Indigenous Peoples' Rights Act of 1997
<b>JRPM</b>	Jalaur River for the People's Movement
<b>LMPF</b>	Lumad Mindanao Peoples Federation
<b>MILF</b>	Moro Islamic Liberation Front

<b>MOA</b>	Memorandum of Agreement
<b>NCIP</b>	National Commission on Indigenous Peoples
<b>NIA</b>	National Irrigation Administration
<b>NMIP</b>	Non-Moro Indigenous Peoples
<b>NPA</b>	New People's Army
<b>NTF-ELCAC</b>	National Task Force to End Local Communist Armed Conflict
<b>PITAHC</b>	Philippine Institute of Traditional and Alternative Health Care
<b>SOS</b>	Save our Schools (SOS) Network
<b>UN</b>	United Nations
<b>UNCRC</b>	United Nations Convention on the Rights of the Child
<b>UNDP</b>	United Nations Development Programme
<b>UNDRIP</b>	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
<b>UNPFII</b>	United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues

# Vorwort

Die Philippinen sind ein an Ressourcen, Biodiversität und Artenvielfalt sehr reiches Land, sowohl zu Land als auch unter Wasser. Dieser Reichtum ist vor allem in indigenem Ahnenland vorzufinden, d.h. in indigenen Gebieten, die über Generationen hinweg in den Händen der Indigenen liegen und ihre Gemeinschaften, Kultur und Identität prägen. Insgesamt stellen rund 14 Millionen Indigene aus 110 ethnolinguistischen Gruppen in Luzon, Visayas und Mindanao bis zu 16% der Gesamtbevölkerung.<sup>1</sup> Sie sind historisch und bis heute mit zahlreichen Formen der Diskriminierung und Marginalisierung konfrontiert und weisen eine ebenso lange Geschichte von Widerstand und Selbstermächtigung vor.

Trotz des großen Reichtums gehören indigene Gemeinschaften oftmals zu den am stärksten von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen. Wie alle anderen philippinischen Staatsbürger:innen haben sie ein Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung sowie ökonomische und politische Teilhabe – ihre Zugangsmöglichkeiten sind jedoch eingeschränkt. Formen der Selbstermächtigung, wie beispielsweise die Errichtung von eigenen Schulen, werden seit Mitte der 2010er Jahre zunehmend gewaltvoller von staatlicher Seite unterdrückt. Indigene Gemeinschaften haben zwar das verbrieftete Recht, frei über die Entwicklung ihrer Gemeinschaften zu entscheiden. Zu oft werden sie jedoch um dieses Recht betrogen und ihr Land wie ihre Ressourcen für externe Interessen ausgebeutet. Viele Gesetze wurden eher zum Schutz der Natur vor indigenen Gemeinschaften als vor Unternehmensinteressen erlassen. Die indigene Bevölkerung wird zu Unrecht für den Raubbau an Wäldern und Meeren verantwortlich gemacht und nicht der Handel im Allgemeinen, der die Natur in eine Ware verwandelt hat und die Nachfrage nach Wald- und Meeresprodukten schafft. Es ist ein verdrehtes Narrativ, das die Unternehmen ungeschoren lässt und die indigene Bevölkerung in den Kampf ums Überleben zwingt.

Zu der vorliegenden Broschüre haben Vertreter:innen von verschiedenen philippinischen Organisationen beigetragen, die eng mit indigenen Gemeinschaften zusammenarbeiten oder selbst zu den Gemeinschaften gehören. In ihren Artikeln werden die Hintergründe der Marginalisierung und die Kämpfe der Indigenen um Selbstbestimmung beleuchtet. Das **philippinenbüro** hat die Artikel im Auftrag des Ökumenewerks der Nordkirche zusammengetragen und koordiniert. Das Ziel dieser Publikation ist es, den Stimmen indigener Gemeinschaften in den Philippinen im europäischen Raum Gehör zu verschaffen und ein

Bewusstsein für die großen Herausforderungen zu fördern, mit denen sie konfrontiert sind. Die Kämpfe für ihre Gemeinschaften, Kultur, Spiritualität und ein ökologisches Gleichgewicht sind nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der globalen Erderwärmung, der Jagd nach Ressourcen für Wirtschaft, Wohlstand und erneuerbare Energien vor allem in Industrienationen Europas, den USA und Ostasien zu verstehen.

Wenn wir in Deutschland und Europa über Klimamaßnahmen diskutieren, gilt es, ausbeutende und repressive Strukturen im Modus kolonialer Kontinuitäten aufzudecken und zu beenden. Das Festhalten am „weiter so“, dem stetigen Wachstum in Ländern des globalen Nordens auch im Rahmen der Energiewende und den Ressourcen, die dafür benötigt werden, hat existenzielle Folgen für Länder des Globalen Südens, wie die Philippinen. Die Philippinen sind weltweit mit am stärksten Klimaschäden, d.h. intensivierenden Stürmen, Verlusten in der Landwirtschaft, Anstieg des Meeresspiegels etc., ausgesetzt. Bereits marginalisierte Gruppen, wie indigene Gemeinschaften in den Philippinen, tragen dabei die Hauptlast, ohne einen messbaren Anteil an der Verursachung des Klimawandels zu haben.

Wenn in Deutschland<sup>2</sup> und Europa über wirtschaftliche Beziehungen und Freihandelsabkommen<sup>3</sup> mit den Philippinen verhandelt wird, insbesondere auch zur „Sicherung von kritischen Rohstoffen“ wie Nickel und Kupfer für den Ausbau von erneuerbaren Energien, darf dies nicht zur Verstärkung von Unrechtverhältnissen, zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und Zerstörung indigener Gemeinschaften führen. Stattdessen muss der Schutz der Rechte indigener Gemeinschaften höchste Priorität haben und ihre Teilhabe auf allen Ebenen sichergestellt werden. Es müssen politische Antworten gefunden werden, die über den „Business-as-usual“-Ansatz hinausgehen.

Daher braucht es sowohl im europäischen Raum als auch in den Philippinen in der Zivilgesellschaft wie in der Politik Menschen, die indigenen Gemeinschaften zuhören und mit ihnen für ihre Rechte eintreten – nicht als möglichen Zusatz, sondern als integralen Bestandteil diplomatischer und vor allem wirtschaftlicher Beziehungen. Wir hoffen, dass diese Broschüre motivieren kann, dazu beizutragen.

Für das **philippinenbüro**  
Mirjam Overhoff und Hannah Wolf

# Zusammenfassung

## Zusammenfassung

Indigene Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Anerkennung indigener Rechte über Jahrzehnte erfolgreich erstritten. In vielen internationalen Abkommen und im nationalen Recht der Philippinen werden die Rechte indigener Gemeinschaften explizit hervorgehoben. Beispielhaft seien hier das Pariser Klimaabkommen von 2015 oder die UN-Deklaration zu Indigenen Rechten (UNDRIP/United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples) von 2007 auf internationaler Ebene genannt und auf nationaler Ebene die philippinische Verfassung von 1987 sowie das Gesetz über die Rechte indigener Völker (IPRA/Indigenous Peoples' Rights Act) von 1997. Doch trotz ihrer Schlüsselrolle in Bezug auf den Erhalt von Land, Umwelt, Klima, Gesundheit, Kultur und Ressourcen sind indigene Gemeinschaften in den Philippinen weiterhin von starker Marginalisierung und sozialer Ungerechtigkeit betroffen.

## Das Recht auf Land

Land beziehungsweise angestammte Gebiete haben für indigene Gemeinschaften eine große Bedeutung, die spirituell und kulturell tief verankert ist. Die Gemeinschaften haben ihre eigenen sozialen und politischen Strukturen, Sprache und Wirtschaftsweisen. Ahnenländer beherbergen rund 75% der reichen biologischen Vielfalt und verbleibenden Wälder.<sup>4</sup> Ihr reiches Wissen über die Natur und ihre nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen hat wesentlich zum Erhalt und Schutz der Biodiversität beigetragen. Nach dem Verständnis der Indigenen kann ihr Ahnenland weder veräußert noch verkauft werden. Damit es (rechtlich) geschützt werden kann, muss es allerdings von der Regierung bzw. der Nationalen Kommission für Indigene Völker (NCIP/National Commission on Indigenous Peoples) in einem festgelegten Verfahren anerkannt werden.

Die Ahnenländer sind jedoch aufgrund der reichen Boden- und Wasserschatze sehr begehrt. Sie sind häufig Ziel von vermeintlichen Entwicklungsprojekten, wie beispielsweise dem Bau von Staudämmen zur Energiegewinnung, oder von Bergbauprojekten. Die Projekte werden von der Regierung, Wirtschaftsvertreter:innen und ausländischen Investor:innen vorangebracht und dienen vor allem privat-

wirtschaftlichen, nationalen oder ausländischen Interessen. Für die indigenen Gemeinschaften bedeuten diese Projekte in der Regel keinen großen Gewinn, sondern hinterlassen in vielen Fällen vor allem Zerstörung. Gemeinschaften werden auseinandergerissen, umgesiedelt oder in die Städte gedrängt, die Umwelt geschädigt, Einkommensquellen zerstört, kulturelle und spirituelle Orte missachtet. In einigen Fällen wird Widerstand gegen solche Projekte brutal erstickt.

Unter Präsident Ferdinand Marcos Jr. hat sich der zunehmende Druck auf indigene Gemeinschaften seit 2022 eher noch verschärft. Anstatt indigenen Gemeinschaften zuzuhören und ihre Interessen anzuerkennen, hat sich Präsident Marcos Jr. der Wirtschaft zugewandt und setzt auf Bergbau, erneuerbare Energien und Infrastrukturprojekte, von denen viele in indigenen Gebieten verortet werden. Der Gewinn bleibt währenddessen auch auf nationaler Ebene gering. Im Jahre 2021 machten beispielsweise Bergbauaktivitäten nur magere 0,8% am Bruttoinlandsprodukt der Philippinen aus. Hingegen steigt die Anzahl der Bergbauprojekte in den letzten Jahren stetig. Mit seinem reichen Vorkommen an Nickel, Kobalt und Kupfer ist das Land vor allem im Rahmen der Energiewende auch für europäische Akteur:innen zunehmend von Interesse.

## Bildung und Gesundheit

Das Recht auf Bildung und medizinische Versorgung wird Indigenen häufig durch mangelnde Infrastruktur verweigert. Um trotzdem den Bildungszugang zu verwirklichen, haben zahlreiche indigene Gemeinschaften ihre eigenen Schulen gegründet und diese vom Bildungsministerium anerkennen lassen. Die Schulen waren Beispiele der Selbstermächtigung und bedeuteten sowohl Zugang zu systematisch weitergegebenem indigenem Wissen als auch dem nationalen Curriculum. Unter dem ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte (2016–2022) wurden unter dem Vorwurf, die Schulen seien Ausbildungslager der kommunistischen Neuen Volksarmee (NPA/New People's Army), fast alle 215 Schulen gewaltvoll geschlossen.<sup>5</sup>

Das städtische und westlich geprägte Gesundheitswesen ist für viele Indigene aufgrund von langen Wegen und hohen Kosten kaum zugänglich. Stattdessen übernehmen indi-

gene Praktiken und Heiler:innen häufig eine zentrale Rolle in der gesundheitlichen Versorgung und bemühen sich um ein harmonisches Miteinander zwischen menschlichem Leben und Natur. Im Idealfall ergänzen sich traditionelle und westliche Medizin in ihren Ansätzen und Heilungsmethoden. Bisher wurden indigene Heiler:innen und Kräuterkundige in ihrer Rolle und mit ihrem enormen Wissensschatz jedoch selten von Staat und Gesellschaft anerkannt. Dies verändert sich langsam.

## Schutz vor Menschenrechtsverletzungen und Partizipation

Damit indigene Gemeinschaften an der Gesellschaft teilhaben und sich für ihre Rechte einsetzen können, braucht es zivilgesellschaftliche Handlungsräume und Schutz vor Menschenrechtsverletzungen. Indigene Gemeinschaften sind jedoch in besonderem Maße von Rechtsverletzungen betroffen. Im ersten Amtsjahr von Präsident Marcos Jr. (2022 bis 2023) zählten philippinische Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen allein unter indigenen Gemeinschaften rund 45.070 Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, darunter unter anderem Einschüchterungen, Drohungen, fabrizierte Anklagen, Bombardierungen, Tötungen und Verschwindenlassen: Ein Anstieg von 62% zum Vorjahr.<sup>6</sup>

Menschenrechtsverletzungen an Indigenen werden nicht nur zur Durchsetzung von Großprojekten, sondern auch im Kontext der nationalen Aufstandsbekämpfung verübt. Seit 55 Jahren bekämpfen sich die philippinische Regierung und die NPA in einem bewaffneten Konflikt. Formen der Selbstermächtigung, des friedlichen Widerstandes und der kritischen Auseinandersetzung von Zivilist:innen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen werden im Rahmen der nationalen Aufstandsbekämpfung gegen die NPA als anti-staatlich diffamiert. Dabei spielt vor allem die vielfach kritisierte nationale Taskforce zur Beendigung des lokalen kommunistischen bewaffneten Konflikts (NTF-ELCAC/National Task Force to End Local Communist Armed Conflict) eine zentrale Rolle. Im Jahr 2018 noch unter Präsident Duterte ins Leben gerufen, ging die NTF-ELCAC systematisch gegen zivilgesellschaftliche Akteur:innen und indigene Gemeinschaften vor, indem sie diese der

Mitgliedschaft oder Unterstützung der NPA beschuldigte. Präsident Marcos Jr. hat die Task Force bisher weder zur Rechenschaft gezogen noch aufgelöst.

Im Jahre 2016 haben kirchliche Vertreter:innen der Iglesia Filipina Independiente (IFI) zusammen mit indigenen Gemeinschaften ein Programm der Pink Vested Advocates ins Leben gerufen. Mitglieder der Kirche begleiteten Indigene, um als externe Zeug:innen Aufmerksamkeit zu erzeugen, Solidarität zu demonstrieren und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu verhindern.

Eine gesellschaftliche Teilhabe Indigener bedeutet aber auch Zugang zu politischen Entscheidungsgremien und lokalen Legislativräten. Zahlen dazu, inwieweit diese gesetzlichen Vorgaben eingehalten wurden, sind nicht bekannt. Eine besondere Situation stellt der Kampf um Anerkennung der nicht-muslimischen indigenen Gemeinschaften in der Autonomen Bangsamoro Region im muslimischen Teil Mindanaos (BARMM/Bangsamoro Autonomous Region of Muslim Mindanao) dar. Aufgrund ihrer besonderen Lage innerhalb der BARMM sind sie vom Schutz der Rechte, die anderen indigenen Gemeinschaften in den Philippinen garantiert werden, ausgeschlossen und laufen Gefahr, aufgrund ihrer Position als „Minderheit zweiter Klasse“ in der autonomen Region weiter marginalisiert zu werden.

## 1. Recht auf Land

# Land, Leben und Entwicklungsaggression – Der Kampf der Tumandok

**Für indigene Völker, wie die Tumandok auf der Insel Panay, bedeutet Land Leben. Von der Regierung vorangetriebene Projekte wie Staudämme suggerieren Entwicklung, kommen aber nur ausgewählten Menschen und Gebieten zugute und missachten das Ahnenland, die Rechte und die Integrität der indigenen Gemeinschaften.**

### Ein:e Indigene:r, jemand, der zu einem Ort gehört

Das Volk der Tumandok oder Panay Bukidnon<sup>i</sup> (übersetzt: vom Berg) auf der Insel Panay gehört zu den 110 ethnisch-linguistischen Gruppen<sup>7</sup> in den Philippinen. Der Begriff Tumandok ist eine Selbstbezeichnung, die in der lokalen Sprache Hiligaynon „ein:e Indigene:r, jemand, der zu einem Ort gehört“ bedeutet und von den indigenen Gemeinschaften entlang der Flüsse Jalaur und Pan-ay verwendet wird. Das reiche kulturelle Erbe der Tumandok manifestiert sich in der Sprache, den kulturellen Formen und den politischen Strukturen der Indigenen. Sie praktizieren eine regenerative und rotierende Landwirtschaft, die auch als „Brandrodung“ oder Kaingin bekannt ist, und pflanzen hauptsächlich traditionelle Reissorten an, ohne Düngemittel zu verwenden. In den letzten Jahren sind Reisfelder und diversifizierter Anbau immer beliebter geworden.

Die angestammten Gebiete der Tumandok sind als Ahnenland bekannt und anerkannt. Ihre Gemeinschaften, ihr Lebensunterhalt und ihre Begräbnisstätten sind in dem Ahnenland in der Bergregion entlang der Grenzen der Provinzen Aklan, Capiz und Iloilo beheimatet.

<sup>i</sup> Der Begriff Panay Bukidnon wurde von der National Commission on Indigenous Peoples (NCIP) eingeführt, wird aber von den betroffenen Indigenen als abwertende Bezeichnung empfunden. Ihre selbstgewählten Namen sind Jalaudnon, Akeanon, Panayanon und Iraynon. Ihr selbst gewählter kollektiver Begriff ist Tumandok.

### Die Umwandlung des Ahnenlandes in ein Militärreservat

1962 erklärte Präsident Diosdado Macapagal das 33 310 Hektar große Ahnenland der Tumandok zum Militärreservat.<sup>8</sup> Dreiundzwanzig Dörfer in Jamindan und Tapaz, Capiz, wurden daraufhin zum Hauptquartier der 3. Infanteriedivision der philippinischen Armee. Das Militär begann, eine Landpacht zu erheben, die Tomado genannt wurde. Bis diese Praxis in den 1970er Jahren<sup>9</sup> abgeschafft wurde, waren indigene Landwirt:innen dazu verpflichtet, für jeden gepflanzten Sack Reis zwei Säcke geernteten Reis zu bezahlen. Als sich die Tumandok organisierten, um ihre Gemeinden zu erhalten und weiterzuentwickeln, ihre Produktion zu verbessern, Bildung, Alphabetisierung und Gesundheit zu fördern und sich gegen die Einschüchterung durch das Militär zu wehren, wurden sie als Rebell:innen und Terrorist:innen gebrandmarkt. In den letzten sechs Jahrzehnten griffen die Regierungstruppen die Tumandok immer wieder an, militarisierten ihre Gemeinden, brannten Häuser nieder, verletzten und töteten ihre Mitglieder im Namen der Aufstandsbekämpfung gegen die NPA. „Die Regierung, die sie als indigenes Volk mit einem einzigartigen und unverwechselbaren kulturellen Erbe anerkannt hatte, war [und ist] dieselbe Regierung, die versucht, sie aus ihrem Ahnenland zu vertreiben“.<sup>10</sup>

### Der Bau eines Staudamms

Im Jahr 2009 begann die Nationale Bewässerungsverwaltung (NIA/National Irrigation Administration) mit der Planung eines 109 Meter hohen Staudamms, der große Teile des 2004 zertifizierten Ahnenlandes als Teil des Jalaur River Multipurpose Project Stage 2 (JRMP2), überfluten sollte. Das Projekt wurde von der koreanischen Export-Import (Exim) Bank finanziert. Damit war eine neue – bis dahin weitgehend unbekannte – Bedrohung für das Land, die Rechte und die Integrität der Tumandok aufgetaucht. Der Staudamm sollte Trinkwasser, Strom und



*Indigenes Ahnenland von Tapaz an der Grenze zu Calinog in dem Gebiet, wo der Jalaur Staudamm gebaut wird. (Foto: Hannah Wolf)*

Bewässerung vor allem für die Flachlandbewohner:innen und die nahe gelegenen Städte liefern. Neun indigene Gemeinschaften drohten überschwemmt zu werden, drei von ihnen vollständig. Gemäß dem Indigenous Peoples' Rights Act von 1997 ist für die Umsiedlung indigener Völker und den Zugang zu biologischen Ressourcen innerhalb des Ahnenlandes die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC/Free Prior and Informed Consent) der betroffenen Gemeinschaften erforderlich. Die Tumandok erfuhren jedoch erst von dem geplanten Projekt, als die NIA der Exim-Bank 2011 ihre endgültige Machbarkeitsstudie vorlegte. „Die [lokale Organisation] Tumandok [(Indigene Landwirt:innen zur Verteidigung von Land und Leben)] beschwerte sich, dass die Zustimmung der betroffenen Gemeinschaften erzwungen und manipuliert wurde. Dies verstößt gegen den Grundsatz der freien, vorherigen und informierten Zustimmung, der eine ordnungsgemäße Konsultation erfordert, um herauszufinden, was die tatsächliche Meinung der Gemeinschaften ist“.<sup>11</sup>

## Der Kampf der Tumandok um ihr Land

Im Jahr 2012 begannen die Organisation Tumandok und die Gemeinden eine jahrzehntelange Kampagne gegen den Bau des Staudamms. Im Jahr 2013 wurde das Bündnis Jalaur River for the People's Movement (JRPM) gegründet, um Fürsprecher:innen für den Kampf der Tumandok gegen den Staudamm zu mobilisieren. Gemeinsam starteten die Tumandok und JRPM eine Reihe von Massenprotesten, politische Lobbyarbeit und internationale Advocacy, die den Bau des Staudamms um acht Jahre verzögerten. Einer der führenden Indigenen, Nestor Castor, sagte: „Dieses Land gehörte uns schon lange vor den spanischen Kolonisatoren. Wir werden nicht zulassen, dass Außenstehende uns vertreiben, damit sie die Einheimischen und wir die Außenstehenden werden“. Unter Missachtung der Proteste und unter Verletzung der verbrieften Rechte der Tumandok wurde dennoch 2019 mit dem Bau des Jalaur-Staudamms begonnen. Im Jahr 2024 weihte Präsident Ferdinand Marcos Jr. das Megaprojekt Jalaur-Staudamm schließlich ein, das Mitte 2025 in Betrieb gehen soll.

### Free, Prior and Informed Consent (FPIC / freie, vorherige und informierte Zustimmung)

Die Rechte der indigenen Gemeinschaften an ihrem Ahnenland werden durch die philippinische Verfassung von 1987 sowie durch den Indigenous Peoples' Rights Act (IPRA / Gesetz über die Rechte indigener Völker) garantiert. Letzteres sieht den FPIC als Mechanismus vor, mit dem indigene Gemeinschaften selbst über die Prioritäten für die Entwicklung ihrer Gemeinschaften entscheiden können. Das IPRA verbietet der philippinischen Regierung und ihren Behörden die Vergabe von Landrechten in Form von Lizenzen, Pachtverträgen, Konzessionen oder Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung von Bodenschätzen, die sich in angestammten Gebieten befinden, ohne vorheriges FPIC-Verfahren. Das IPRA definiert das FPIC als „Der Konsens aller Mitglieder der ICC [(Indigenous Cultural Communities)]/IPs, der in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen Gewohnheitsrechten und -praktiken festgelegt wird, frei von jeglicher Manipulation, Einmischung und Zwang von außen ist und nach vollständiger Offenlegung der Absicht und des Umfangs des Plans/Programms/Projekts/der Aktivität in einer Sprache und einem Verfahren eingeholt wird, die für die Gemeinschaft verständlich sind. Das FPIC wird von den betroffenen ICC/IP mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung (MOA [/ Memorandum of Agreement]) erteilt, in dem die Bedingungen/Anforderungen, Vorteile sowie Sanktionen der übereinstimmenden Parteien als Grundlage für die Zustimmung enthalten sind.“ Die NCIP hat die Pflicht, das FPIC-Verfahren zu gewährleisten, in dem indigene Gemeinschaften ihre eigenen und unabhängigen kollektiven Entscheidungen in Angelegenheiten treffen, die sie betreffen. In der Theorie lobenswert, wird das FPIC-Verfahren in der Praxis oft missbraucht, um die Zustimmung zu sichern, anstatt ergebnisoffene Konsultationen zu ermöglichen. Die indigene Bevölkerung kann häufig nicht frei entscheiden, einschließlich der Möglichkeit der Ablehnung, ohne Repressalien fürchten zu müssen.<sup>12</sup> Die Regierung plant, die FPIC-Richtlinien in einer Weise zu überarbeiten, die in den Augen indigener Gruppen und zivilgesellschaftlicher Organisationen einen Versuch darstellt, die bestehenden Regeln zu verwässern und umstrittenen Entwicklungsprojekten Vorrang vor den Rechten der indigenen Bevölkerung zu geben.<sup>13</sup>



*Eliseo Gayas, einer der neun führenden Tumandok, die am 30. Dezember 2020 ermordet wurden. (Foto: Hannah Wolf)*

## Der Versuch der Regierung, die Tumandok zum Schweigen zu bringen

Niemand hätte sich jedoch die Katastrophe vorstellen können, die die Tumandok Gemeinschaften am 30. Dezember 2020 erwartete, als in einer Großoperation Polizei- und Militärkräfte im Morgengrauen in sechs ihrer Gemeinschaften eindringen. Innerhalb weniger Stunden folterten und massakrierten sie neun führende Indigene im Beisein ihrer Familien, während sie 16 Tumandok inhaftierten. Dank der Bemühungen von Verwandten, Anwäl:innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Kirche wurden alle 16 innerhalb der folgenden Monate freigelassen. Das Massaker hat in den betroffenen Gemeinschaften tiefe Narben hinterlassen. Sie kämpfen weiter um ihr Überleben.

Da ein weiteres Projekt anstand, diesmal der kostspielige Megastaudamm am Fluss Pan-ay, wurde das grausame Massaker als Versuch der Regierung gewertet, die Tumandok einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Bis heute hat die philippinische Armee die betroffenen Gemeinden nicht verlassen. Stattdessen hat sie sich in den Gemeinschaften niedergelassen, führt regelmäßig Militäroperationen durch und terrorisiert die Bewohner:innen, indem sie ihnen mit einer Wiederholung des Massakers vom 30. Dezember droht, sollten sie weiter protestieren oder sich bei zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbündeten Unterstützung suchen.



*Kaffeeröstung in der Sonne, Gemüse- und Bananenbau in Tapaz. (Foto: Hannah Wolf)*

Der Fall der Tumandok ist ein Beispiel für viele indigene Gemeinschaften in den Philippinen, deren Rechte im Namen von „Entwicklung“ und „Recht und Frieden“ verletzt werden. Für die meisten Rechtsverletzungen wird niemand zur Rechenschaft gezogen.

## Die Autorinnen

**Cynthia A. Deduro** ist Vorstandsmitglied von Dagsaw PGI Pnet und war von 2011 bis 2021 Geschäftsführerin. Seit 1977 arbeitet sie mit der indigenen Gruppe der Tumandok (Panay Bukidnon) als Community Organizer und war Leiterin der Katastrophenmanagement Organisation CRREED. Derzeit befindet sie sich als Schutzperson in Deutschland, da ihr Leben in ihrem Heimatland bedroht und sie politisch verfolgt wurde. In Deutschland ist sie bei Gabriela Deutschland aktiv.

**Hannah Wolf** ist seit 2018 als Bildungsreferentin und stellvertretende Geschäftsführerin für das **philippinenbüro** tätig. Sie war mehrere Jahre im Menschenrechtsbereich in den Philippinen tätig und arbeitete von 2015-2017 für Caritas Luxemburg in der Katastrophennachsorge in Panay. Dort arbeitete sie auch mit den Tumandok in Tapaz, Capiz. Sie hat über außergerichtliche Tötungen, das Justizsystem, ländliche Gemeinschaften, gentechnisch veränderte Landwirtschaft und Menschenrechte publiziert.

# Die vergessenen Fronten des Klimawandels und des Ressourcenabbaus



Eine Mangyan Frau auf ihrer regenerativen Farm. (Foto: Fr. Edwin Gariguez)

**Die Klimakrise betrifft vor allem indigene Gemeinschaften der Philippinen und verschärft die bereits bestehenden Kämpfe um das Überleben ihrer Lebensweisen, ihrer kulturellen Identität und ihrer Spiritualität. Indigene Werte und ihre erfolgreichen Kämpfe zur Verteidigung ihres Landes können anderen Gemeinschaften ein Vorbild sein.**

## Auswirkungen der Klimakrise auf indigene Gemeinschaften

Die indigenen Gemeinschaften in den Philippinen sind von der sich verschärfenden Klimakrise massiv betroffen. Auch wenn sie am wenigsten zu den Umweltkatastrophen beigetragen haben, müssen sie unverhältnismäßig stark unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden: Folgen

sind Verlust von Menschenleben, Vertreibung und Einschränkungen der Einkommensquellen aufgrund massiver Überschwemmungen oder langanhaltender Dürren.

Die meisten indigenen Gemeinschaften wurden in die bewaldeten Berggebiete getrieben: In den Anfängen ihrer Geschichte war die Erfahrung von Armut nicht existent und einfach unvorstellbar, da ihr Lebensraum im Ökosystem der Wälder die indigenen Gemeinschaften mit allem Notwendigen versorgte. Heute sind die regengespeisten regenerativen Farmen aufgrund extremer Wetterereignisse unproduktiv und wegen der anhaltenden Dürre nicht mehr praktikabel. Traditionelle Anbaumethoden werden gestört, was zu Ernteausfällen, geringerer landwirtschaftlicher Produktivität, Ernährungsunsicherheit und immer größerer Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung führt.

## Vom Reichtum der Natur bis zur existenziellen Bedrohung

Die Mangyans sind die indigenen Bewohner:innen des Landesinneren der Insel Mindoro (Luzon). Ein Ältester der Mangyans meint: „ang bundok ay salalayang buhay, ang pagkasira ng kalikasan ay tiyak na maghahatid sa atin ng kamatayan“ (das Ökosystem des Waldes ist unsere Lebensquelle, und wenn die Natur zerstört wird, bedeutet das mit Sicherheit den Tod für uns).

„Land ist Leben“ und dies erfordert ein gesundes Ökosystem für alle indigenen Gemeinschaften. Die durch den Klimawandel verursachten Schäden am Ökosystem und der Verlust der biologischen Vielfalt verschlimmern den Verlust der Nahrungsquellen und wirken sich auf das Leben der indigenen Gemeinschaften aus. Ein Ältester fasst zusammen: „Dati-rati mayaman ang lupa, binubuhay kami ng gubat, sagana ang pagkain. Ngunit ngayon, nararamdaman natin ang ganti ng kalikasan – pinagkakaitan tayo ng ani, dahil ginagalit natin siya“ (Früher war das Land ertrag-



Ein Mangyan Gemeinschaftstreffen, bei dem Katastrophen und Klimawandel diskutiert werden. (Foto: Fr. Edwin Gariguez)

reich, der Wald ernährte uns mit Leben, Nahrung war im Überfluss vorhanden. Aber jetzt erleben wir die Rache der Natur – uns wird die Ernte vorenthalten, weil wir sie wütend gemacht haben). Obwohl das Pariser Abkommen die Bedeutung<sup>14</sup> der Ökosysteme und der Erhaltung der biologischen Vielfalt bei der Bewältigung des Klimawandels hervorhebt, ist das Land der indigenen Gemeinschaften stark bedroht.

## Die Rohstoffindustrie bedroht die Rechte der indigenen Bevölkerung

Die Schädigung der Ökosysteme und der Verlust der Biodiversität in den indigenen Gebieten werden auch durch den kommerziellen Holzeinschlag, die Ausweitung der Landwirtschaft und die Rohstoffindustrie bzw. den transnationalen Bergbau im großen Stil vorangetrieben. Beschleunigt durch das Wachstum der Weltwirtschaft ist das ökologische und soziale Gleichgewicht stark bedroht. Für den Bergbau werden in der Regel große Flächen beansprucht, die meist in ökologisch empfindlichen bewaldeten Ökosystemen liegen. Als die philippinische Regierung ihre Politik auf die Liberalisierung der Bergbauindustrie ausrichtete, strömten die Anträge transnationaler Konzerne nur so herein. Die ins Visier genommenen rohstoffreichen Gebiete werden zumeist von indigenen Gemeinschaften bewohnt – rund 53% der Anträge für den Großbergbau überschneiden sich mit den Ansprüchen indigener Gemeinschaften auf ihre angestammten Gebiete.<sup>15</sup>

Der großangelegte Bergbau verursacht Umweltschäden und Vertreibungen, die schlichtweg katastrophal sind. Indigene Gemeinschaften werden aus ihren Häusern vertrieben, Gemeinschaften gespalten, Lebensgrundlagen verschwinden, und die Beziehung zu Geist und Spiritualität des Landes, der Wälder und der Flüsse wird gestört oder gar zerstört.<sup>16</sup> Die nachteiligen Auswirkungen des Bergbaus auf indigene Gemeinschaften und ihre wirtschaftlichen,

sozialen und kulturellen Rechte sowie die Treibhausgasemissionen dieses Sektors stellen seine angebliche Rolle als Motor des Wirtschaftswachstums und der sozialen Entwicklung des Landes eindeutig in Frage. Stattdessen verschlimmern die Auswirkungen des Klimawandels für ländliche Gemeinden die Widrigkeiten, unter denen Gemeinden und ihre Bevölkerung bereits leiden, wenn sie sich dem Bergbau in ihren Gebieten widersetzen, wie z.B. Schikanen, Vertreibung und weitere Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteur:innen.

## Widerstand und Resilienz

Angesichts der potenziellen ökologischen Zerstörung und der Bedrohung ihrer Lebensweise mobilisierten die Indigenen Mindoros mit Unterstützung der Kirche und zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Reihen für anhaltende Kampagnen, um sich dem groß angelegten Bergbau in ihrem angestammten Land zu widersetzen. Durch ein Jahrzehnt anhaltenden Aktivismus, der 2009 in einem 11-tägigen Hungerstreik vor dem Umweltamt der Regierung gipfelte, gelang es der Gemeinschaft, das Nickelabbauprojekt zu stoppen.<sup>17</sup> Dieser Sieg unterstreicht die Bedeutung von Umweltkampagnen, die von der Gemeinschaft geführt werden und sowohl in nationalen als auch in internationalen Gremien Anerkennung finden. Er ist ein inspirierendes Beispiel für ähnliche Kämpfe im ganzen Land. Eine der führenden Mangyan namens Badang sagte: „Wenn der Wald zerstört ist, werden auch wir sterben.“

Das Bewusstsein für die heilige Beziehung der Menschheit zur Erde ist tief in den kulturellen Ausdrucksformen und spirituellen Erfahrungen indigener Gemeinschaften verankert. Heute ist es wichtiger denn je, die Weisheit der indigenen Werte und Traditionen anzuerkennen und unser vorherrschendes anthropozentrisches, materialistisches und übermäßig konsumorientiertes Denken zu verändern sowie eine alternative Vision für ein nachhaltiges Wohlergehen der Erde zu fördern.

### Der Autor

**Edwin A. Gariguez** ist katholischer Priester und war von 2010 bis 2020 Generalsekretär von Caritas Philippinen. Derzeit ist er Geschäftsführer des Diocesan Social Action Center (DSAC) des Apostolischen Vikariats von Calapan und gleichzeitig Koordinator für Entwicklungsprogramme der Mangyan-Mission, während er am St. Augustine College Seminar in der Provinz Oriental Mindoro ökologische Philosophie unterrichtet.

# „Sieben Generationen im Blick“



Vicky Tauli-Corpuz. (Foto: Gebhard Körte)

**Im Interview spricht Vicky Tauli-Corpuz, selbst Angehörige der Kankana-ey Igorot und ehemalige UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Gemeinschaften, über Teilhabe sowie die Anwendung gesetzlicher Regelungen zum Schutz indigener Gemeinschaften in den Philippinen. In den Kordillern, im Norden Luzons, stellen die Igorot die Bevölkerungsmehrheit. Dennoch müssen die verschiedenen Gruppen der Igorot auch hier ihre Sprachen, Rituale, Werte-, Wissens- und eigenen Regierungssysteme permanent gegen Diskriminierung und systemische Marginalisierung behaupten.**

Inwiefern sind führende Indigene Teil der bestehenden lokalen Regierungsstrukturen in den Kordillern?

Indigene und staatliche Strukturen existieren seit langem nebeneinander. Neben lokalen Barangay<sup>i</sup> – und Stadtver-

<sup>i</sup> Ein Barangay ist die kleinste territoriale und administrative Verwaltungseinheit auf der untersten lokalen Regierungsebene der Philippinen. Ein Barangay ist mit einem Dorf, Bezirk oder Stadtteil vergleichbar.

waltungen besteht gleichzeitig der indigene Rat der Ältesten. Viele indigene Gemeinschaften nehmen wahr, dass es die traditionellen führenden Indigenen mit ihrem umfangreichen Wissen sind, die ihre Kultur wirklich kennen und auf dieser Grundlage Konflikte lösen, die Gemeinschaft verwalten und ihre natürlichen Ressourcen erhalten. Auf staatlicher Seite sind indigene Gruppen mit vielen widersprüchlichen Gesetzen und Richtlinien konfrontiert. Ein Beispiel ist das philippinische Bergbaugesetz, das im Widerspruch zum IPRA steht. Auf lokalpolitischer Ebene

## National Commission on Indigenous Peoples (NCIP)

Die Nationale Kommission für indigene Völker (NCIP) wurde durch den Indigenous Peoples' Rights Act von 1997 (IPRA / Gesetz über die Rechte indigener Völker) geschaffen und ist dem Büro des Präsidenten unterstellt. Die NCIP hat den Auftrag, „die Interessen und das Wohlergehen der ICC/IP unter gebührender Berücksichtigung ihres Glaubens, ihrer Bräuche und Institutionen zu schützen und zu fördern.“<sup>20</sup> Sie setzt sich aus sieben Kommissionsmitgliedern zusammen, die den ICC/IP angehören. Mindestens zwei der sieben Mitglieder müssen Frauen sein und zwei müssen Mitglieder der philippinischen Anwaltskammer sein. Die NCIP entscheidet über die Bescheinigung von Ahnenland/Domänentiteln. Sie muss sicherstellen, dass das FPIC eingehalten wird, und kann die Zertifizierung als Voraussetzung dafür ausstellen, dass z. B. Unternehmen einen Teil der Ahnengebiete nutzen können. Häufig wird die NCIP dafür kritisiert, dass sie den Interessen des Staates und der Unternehmen Vorrang vor den Interessen der indigenen Gemeinschaften einräumt. Indigene Gemeinschaften, die von so genannten Entwicklungsprojekten betroffen sind, berichten, dass sie nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, (ordnungsgemäß) konsultiert wurden, dass ihnen der vollständige Zugang zu Informationen verweigert wurde, dass sie ihre Vertreter:innen nicht selbst gewählt haben oder dass sie gezwungen wurden, einem Projekt auf ihrem Land zuzustimmen.<sup>21</sup>

sind jedoch die jeweiligen Machtpositionen und Beziehungen für das Zusammenarbeiten ausschlaggebend.

In den Philippinen wurde 1997 das IPRA verabschiedet. Dieses Gesetz ermöglicht es indigenen Gemeinschaften, Eigentumstitel für angestammtes Land zu beantragen. Das Gesetz besagt, dass ihre Zustimmung eingeholt werden muss, bevor ein Vorhaben jedweder Art umgesetzt wird. Viele Bestandteile des Gesetzes wenden indigene Gemeinschaften selbst an. Sie können eine:n rechtlich vorgeschriebene:n Vertreter:in der indigenen Gemeinschaft wählen, die:der dem Rat angehört, auf Dorfebene bis hin zur Stadt- und Provinzebene. Diese Art der Repräsentation ist mittlerweile offiziell anerkannt.

### Wird der FPIC-Prozess befolgt?

Der Staat verfolgt in den meisten Fällen seine eigenen Interessen und die der Wirtschaft. Aktuell drängt er auf den Bau der Gened-Staudämme<sup>18</sup> und versucht den Bergbau in Benguet<sup>19</sup> auszuweiten. Vor kurzem hatte Tebtebba Besuch aus einer Gemeinde, deren FPIC-Zustimmung bei der Umsetzung eines Großprojekts nicht eingeholt wurde.

FPIC ist ein sehr guter Bestandteil des IPRA-Gesetzes, aber bei der Umsetzung treten Schwierigkeiten auf. Es gibt zahlreiche Verwerfungen, weil die NCIP über kein hinreichendes Budget für eigene Untersuchungen verfügt, um festzustellen, ob die Zustimmung zu Bauprojekten (z.B. Bergbau-, Staudamm- oder Infrastrukturprojekte) durch indigene Bewohner:innen eingeholt wurde – leider ist die NCIP zugleich auf das Geld der Projektinvestoren angewiesen. In manchen Fällen besticht die Bergbaugesellschaft Beamt:innen der Kommission. Aufgrund solcher Vorfälle versucht Tebtebba, diese Orte im Blick zu haben, damit der FPIC-Prozess eingehalten wird. Wenn wir also eine Situation antreffen, in der die Leute behaupten, dass sie ihre Zustimmung nicht gegeben haben, können wir uns zumindest offiziell darüber beschweren. Wie bei jedem Gesetz ist die Umsetzung das Problem, denn es gibt bestechliche Einzelpersonen in den Dienststellen, aber auch sehr skrupellose Akteur:innen wie die Unternehmen selbst.

### Wie bewerten Sie die NCIP in der Region der Kordilleren?

Viele Mitarbeiter:innen der NCIP sind Igorot. Wir machen ihnen daher ihre Verantwortung klar, weil sie oftmals stärker staatliche Interessen als die Rechte der indigenen Gemeinschaften schützen. Die NCIP als Institution verfügt nur über geringe Finanzmittel; diese reichen gerade für die Gehälter, aber nicht für den laufenden Betrieb. Dieser Ressourcenmangel hat System, denn so sind den NCIP-Mitarbeiter:innen z. T. die Hände gebunden, und sie



Die Heimat der Igorot liegt in den Kordilleren im Norden Luzons.  
(Foto: Gebhard Körte)

können ihre Aufgaben nicht erfüllen. Gleichzeitig ärgert es mich, denn die NCIP ist gehalten, andere Behörden über die Rechte indigener Gemeinschaften aufzuklären. Wann immer wir zum Beispiel zu einer Veranstaltung des Umweltministeriums gehen, treffen wir niemandem von der NCIP an, obwohl sie eingeladen wurden. Aus meiner Perspektive zerstört diese Art der Abwesenheit den Ruf der NCIP, weshalb wir sie regelmäßig kritisieren und hoffen, dass sich die Dinge ändern. Dieses Agieren der NCIP ist staatlich gewollt, sowohl um das Potenzial in Bezug auf den Schutz indigener Rechte als auch die ordnungsgemäße Umsetzung des IPRA erheblich zu untergraben.

### Sind Sie zuversichtlich, dass durch Dialog und Verhandlungen Vereinbarungen zwischen indigenen Gruppen und der nationalen Regierung sowie Kommunalverwaltungen zustande kommen?

Absolut, man kann ebenso auf der Basis eigener Stärke verhandeln. Das Bemühen um eine inklusivere Teilhabe, um demokratische Konsultationen mit indirekt und direkt betroffenen Menschen sowie die Entscheidung darüber, was in indigenen Gemeinden passiert, ist wichtig. Heutzutage gibt es immer mehr Dialogmöglichkeiten bei der Umsetzung von Projekten, dabei können verschiedenste Aspekte – Recherche zur einwandfreien Nachweissicherung, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Abschätzung der Folgen für Menschenrechte, etc. – von den Behörden eingefordert werden. Wir können diese verschiedenen Instrumente nutzen, um die Einwohner:innen wirklich in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Ich stamme aus der Mountain Province, dort gab es ein Unternehmen, das unser Goldvorkommen untersuchte und bekanntgab, wir hätten hochwertiges Golderz. Es versuchte die Bevölkerung zu überzeugen, der Eröffnung eines Bergwerks zuzustimmen. Unsere Ältesten und die Gemeindemitarbeiter:innen sprachen sich dagegen aus. Uns allen war das Beispiel der Goldminen von Benguet vor

### Indigenous Peoples' Rights Act von 1997 (IPRA)

Das IPRA (Gesetz über die Rechte indigener Völker) wurde 1997 verabschiedet, um die Rechte der indigenen Bevölkerung und ihrer angestammten Gebiete zu schützen. Das Gesetz untermauert die in der philippinischen Verfassung von 1987 verankerten Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen. Es sieht vor, dass indigene kulturelle Gemeinschaften (ICC/ Indigenous Cultural Communities) und indigene Völker (IP/ Indigenous Peoples) eine entscheidende Rolle bei allen Aktivitäten spielen, die mit der Identifizierung und Abgrenzung der angestammten Gebiete zusammenhängen. Nach dem indigenen Eigentumsbegriff sind angestammte Gebiete privates, aber gemeinschaftliches Eigentum der ICC/IP, das allen Generationen gehört und daher nicht verkauft, veräußert oder zerstört werden kann. Dies gilt auch für nachhaltige traditionelle Ressourcenrechte. Das IPRA garantiert zum Beispiel (a) das Eigentumsrecht an Land, Gewässern (die traditionell und tatsächlich von ihnen genutzt werden), heiligen Stätten, traditionellen Jagd- und Fischereigründen und an darauf errichteten Bauten; (b) das Recht auf Erschließung von Land und natürlichen Ressourcen, vorbehaltlich bereits

bestehender Eigentumsrechte innerhalb der angestammten Gebiete; (c) das Bleiberecht in ihren Gebieten, es sei denn, sie haben in Kenntnis der Sachlage ihre FPIC erteilt, und vorbehaltlich der Enteignungsbefugnis der Philippinen; (d) das Recht, in geeignete Gebiete umgesiedelt zu werden, falls sie durch Naturkatastrophen vertrieben werden; (e) das Recht, die Einreise von Migrant:innen zu regeln; (f) das Recht auf sichere und saubere Luft und Wasser; (g) das Recht, Teile von Reservaten zu beanspruchen; und (h) das Recht, Landkonflikte in Übereinstimmung mit dem Gewohnheitsrecht des Gebiets zu lösen, in dem sich das Land befindet. ICC und IP, die ein angestammtes Land besitzen, das durch einen Nachweis über den Besitz des Ahnenlandes (CADT/ Certificate of Ancestral Domain Title) abgesichert ist, sind verantwortlich für die Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts durch den Schutz der Flora und Fauna, der Wassereinzugsgebiete und anderer Reservate.<sup>22</sup> Das Gesetz wird als sehr fortschrittlich im Schutz der indigenen Rechte angesehen, während seine Umsetzung problematisch bleibt.

Augen und wir sahen, wie Gebäude verfielen, das Gebiet zerstört wurde. Warum sollten wir uns also auf eine neue Goldmine einlassen?! Am Ende war das Unternehmen nicht in der Lage, das Projekt zu realisieren.

Es ist wichtig, dass die indigenen Führungsebenen und die Regierung zusammenarbeiten, nicht nur zum Wohle der jetzigen, sondern auch der künftigen Generationen. Bei einer Entscheidung, die du triffst, musst du darüber nachdenken, welche Auswirkungen das auf die kommenden sieben Generationen haben wird, damit du weißt, dass du, wenn du stirbst, keine Gemeinschaft verlassen hast, die sich in einer viel schlimmeren Situation befindet als bei deiner Geburt.

**Das Interview wurde gekürzt und zur besseren Lesbarkeit redigiert.**

### Die Interviewpartnerin

**Victoria Tauli-Corpuz** ist indigene Anführerin der Kankanaey Igorot in den Kordilleren und Gründerin als auch Direktorin der Organisation Tebtebba. Von 2005 bis 2010 war sie Vorsitzende des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten der UN (UNPFII / United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues) und war 2007 an den Verhandlungen und der Verabschiedung der UNDRIP (United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples) aktiv beteiligt. Von 2014 bis 2020 war sie UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker.

### Der Autor

**Gebhard Körte** ist freiberuflicher Bildungsreferent und Vorstandsmitglied des **philippinenbüro** e.V. Von 1986 bis 1994 war er als Auslandskorrespondent in den Philippinen und anschließend als Redakteur der südostasien informationen tätig. In Mindanao hat er von 2013 bis 2016 als Friedensberater mit indigenen Gemeinschaften zusammengearbeitet.

## 2. Recht auf Bildung und Gesundheit

# Indigene Schulen im südlichen Mindanao

**In dem Bemühen um die Verwirklichung des Rechts auf Bildung in marginalisierten indigenen Gemeinschaften im südlichen Mindanao haben Kirchen und indigene Gemeinschaften drei Schulen in Arakan und Magpet eingerichtet. Die Schulen förderten indigenes Wissen, Fertigkeiten und andere Aspekte des kulturellen Erbes. Als solche wurden sie fälschlicherweise Opfer von red-tagging, die Gemeinden wurden schikaniert und die Schulen geschlossen.**

### Qualitativ hochwertige Bildung als Mittel zum friedlichen Empowerment

‘Kinahanglan sa akong tribo ang tulunghaan nga muedukar sa among mga kabataan aron sila makahibalo sa pagpanalipod sa among yutang kabilin ug sa ilang mga katungod isip tribo ug isip tawo.’ (Meine Gemeinschaft braucht eine Schule, die unsere Kinder ausbildet, damit sie in der Lage sind, unser angestammtes Land und ihre Rechte als Indigene und als Menschen zu verteidigen). Dies war die feste Überzeugung von Datu Mambiling Ansabo, einem führenden Indigenen aus Magpet und Arakan (Gemeinden in der Provinz Cotabato, Mindanao), der sich nach jahrelangem bewaffneten Kampf gegen die Aneignung der angestammten Gebiete seiner Gemeinschaft gegenüber der Behörden ergeben hat.

Bevor er mit der Anklage konfrontiert wurde, suchte Datu Mambiling die Kirchengemeinde von Fr. Fausto und Fr. Peter Geremia in Arakan auf und forderte die Einrichtung einer Schule für die Tinananon-Kulamanon Manobo Kinder. Datu Mambiling sah in der mangelnden Bildung und den fehlenden juristischen Kenntnissen ein Einfallstor für Missbrauch und Landraub durch mächtige Leute. Auf Visayan betonte er: “Dili nako gusto nga ang among kabataan mangitag hustisya sa kabukiran kon sila daugdaugon ug ilugan sa among kayutaan. Dili nako gusto nga murebelde sila sama nako busa”. (Ich möchte nicht, dass unsere Kinder in den Bergen nach Gerechtigkeit suchen, wenn sie missbraucht werden und man uns unser Land wegnimmt. Ich möchte nicht, dass sie rebellieren und in meine Fußstapfen

im Untergrund treten). So wurden drei Schulen für indigene Kinder in Arakan und Magpet gegründet. Die Schulen wurden unter dem Namen Fr. Fausto Tentorio Erinnerungsschule (FFTMS / Fr. Fausto Tentorio Memorial School Inc.) bekannt.

### Rechtlicher Schutz des Rechts auf Bildung

Die grundlegenden Rechte jedes Kindes auf Bildung sind in der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (UNCRC/United Nations Convention on the Rights of the Child) verankert, die von 196 Ländern, darunter auch die Philippinen, unterzeichnet wurde. Die philippinische Verfassung von 1987 sieht vor, das Recht aller Bürger:innen auf eine hochwertige Bildung zu schützen und zu fördern sowie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Für indigene Gemeinschaften entsteht Bildung aus den Praktiken ihrer Vorfahren und ist in dem Leben und der Kultur ihres Landes verwurzelt. Indigene Bildung ist der Schlüssel dazu, dass Kinder und Jugendliche in ihrer einzigartigen Kultur, ihren Bräuchen und Traditionen verankert bleiben. Es wird auf das Umfeld eingegangen, die indigene Identität respektiert und indigenes Wissen, Fähigkeiten und andere Aspekte des kulturellen Lebens gefördert. Dies wird auch in der UNDRIP anerkannt.<sup>23</sup>

Im regulären Bildungssystem werden Indigene jedoch häufig diskriminiert, marginalisiert und ausgegrenzt. Die drei Gemeinschaften in Arakan und Magpet, die vom Bildungsministerium (DepEd/Department of Education) nicht berücksichtigt wurden, forderten die Einrichtung von Schulen, um dieser Ausgrenzung entgegenzuwirken und ihren Kindern die Möglichkeit zu geben, sich intellektuell weiterzuentwickeln, sich zu entfalten und eine Gemeinschaft aufzubauen. Die FFTMS hielten sich strikt an den Lehrplan des DepEds und die Richtlinien für die Bildung indigener Gemeinschaften. Ihre Lehrpläne umfassen normalerweise Programme in den Bereichen Alphabetisierung, Mathematik, Naturwissenschaften, Sozialkunde, Technologie



Fr. Fausto Tentorio Memorial School Inc. in Barangay Mahongcog, Magpet. (Foto: Patrice Amor)

und Einkommensmöglichkeiten, nachhaltige Landwirtschaft sowie indigene Kunst und Kultur.<sup>24</sup> Darüber hinaus stellte die FFTMS den Kindern und Lehrkräften kostenlos Uniformen, Schulmaterial, Unterrichtsmaterialien und ein gekochtes Mittagessen zur Verfügung, ohne Schulgebühren zu fordern. „Die Eltern brauchten sich keine Sorgen um das Essen ihrer Kinder zu machen, denn [...] sie aßen alle gemeinsam“, sagte Jay<sup>i</sup>, eine indigene Lehrerin, die die Kinder seit der Gründung der FFTMS bis zu ihrer Schließung im Jahr 2022 unterrichtete.

## Wendepunkt: Die Ankunft der staatlichen Sicherheitskräfte

Als Präsident Rodrigo Duterte (2016–2022) an der Spitze des Landes stand, führte er zunächst Friedensgespräche mit kommunistischen Gruppen, die jedoch Ende 2017 scheiterten. Der Präsident präsentierte daraufhin einen „gesamtstaatlichen Ansatz“ zur Bekämpfung des kommunistischen Aufstands und bildete 2018 die NTF–ELCAC.<sup>25</sup>

<sup>i</sup> Alle Namen in diesem Kapitel sind Pseudonyme und wurden aus Sicherheitsgründen anonymisiert.

### Lumad

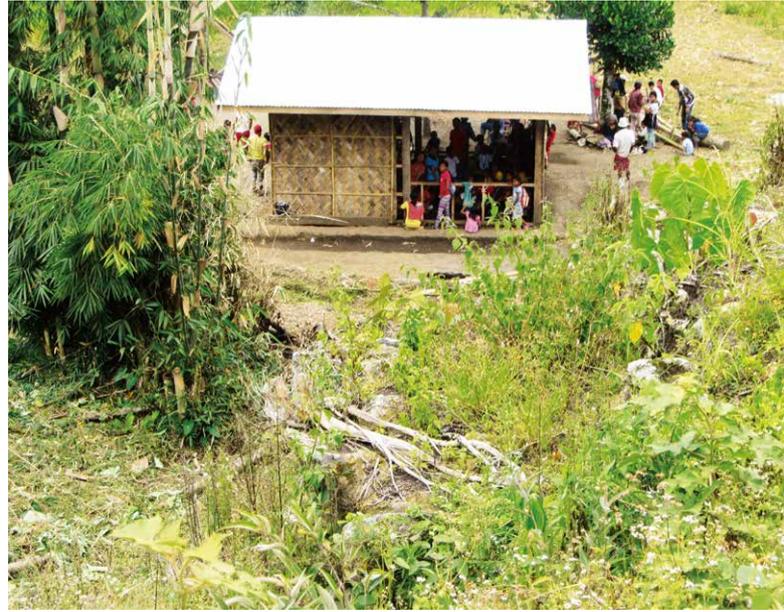
In den Philippinen leben etwa 14-17 Millionen Indigene, die 110 ethnisch-linguistischen Gruppen angehören, so eine Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP/United Nations Development Programme). 61% der indigenen Bevölkerung sind Lumad. Der Begriff Lumad ist ein Cebuano-Bisayan Begriff und bedeutet „gebürtig“, „geborene:r Bürger:in“ oder „von der Erde geboren“. Im Laufe der Jahre wurde der Begriff von 18 ethnolinguistischen Gruppen indigener Gemeinschaften in Mindanao als eine selbst bezeichnende Kategorie verwendet, um sich im Kampf um das Recht auf ihre angestammten Gebiete und Selbstbestimmung zu positionieren und zu vereinen. Vertreter:innen von 15 der 18 indigenen Gruppen einigten sich auf der Gründungsversammlung der Lumad Mindanao Peoples Federation (LMPF) im Juni 1986 darauf, einen gemeinsamen Namen anzunehmen. Dies war das erste Mal, dass sich diese indigenen Gruppen auf einen gemeinsamen Namen einigten, der sich von dem der Moros und dem der christlichen Mehrheit unterscheidet.<sup>27</sup>

## Red-Tagging

Red-Tagging (rote Markierung) ist eine seit langem bestehende Strategie und Praxis in den Philippinen, die ihren Ursprung im US-Krieg gegen den Terror hat. Akteur:innen der Zivilgesellschaft, Arbeiter:innen, Landarbeiter:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Sozialarbeiter:innen, Indigene, Lehrer:innen, Politiker:innen und Zivillist:innen in Konfliktgebieten werden fälschlicherweise als Mitglieder oder Unterstützer:innen des kommunistischen Aufstands, der NPA, als Staatsfeinde oder Terrorist:innen gebrandmarkt. Diese Praxis ist Teil der Aufstandsbekämpfungskampagne der Regierung, deren Institutionen oder Vertreter:innen Einzelpersonen und Organisationen mit öffentlichen Verleumdungen oder sogar fabrizierten Anklagen verfolgen. Diese öffentlichen Verunglimpfungen dienen häufig zur Legitimierung von Überwachung, Einschüchterung, illegalen Verhaftungen, Verschwindenlassen und sogar Tötungen durch staatliche oder paramilitärische Sicherheitskräfte. Red-Tagging verbreitet daher ein Klima der Angst und versucht, unerwünschte Kritik und friedliches Eintreten für die Menschenrechte zu unterdrücken.<sup>28</sup>

Dieser Ansatz führte zu einer sofortigen Zunahme von Anschuldigungen und Verunglimpfungen gegen Nichtregierungsorganisationen, Schulen und Einzelpersonen, die sich in der politischen, sozialen und kommunalen Arbeit engagierten, dass sie den kommunistischen Aufstand der NPA unterstützten. Die drei Gemeinden der FFTMS-Schulen wurden zur Zielscheibe dieser Anschuldigungen und militarisiert. Das Militär kam und blieb, um Eltern, Lehrkräfte, Schüler:innen und Barangay-Mitarbeiter:innen zu verhören. Amalia, eine der Lehrerinnen, lud das Militär ein, ihren Unterricht zu überprüfen; sie wollte beweisen, dass sie im Einklang mit dem DepEd unterrichtete. Anstatt der Einladung zu folgen, gingen die unbegründeten Verdächtigungen und Schikanen des Militärs weiter.

Das Militär forderte die Lehrkräfte und Schüler:innen auf, die Schulen entweder zu verlassen oder zu wechseln. Und die Barangay-Mitarbeiter:innen, die die Schulen gegründet hatten, wurden dazu gebracht, die Schließung im Oktober 2022 zu unterstützen. „Es gab einen sehr starken Druck [auf die Barangay-Mitarbeiter:innen], weil sie sich im Rahmen der [NTF]-JELCAC dem Militär unterordnen müssen, sonst würden sie als NPA-Anhänger:innen gebrandmarkt“, sagte Judy, ein Elternteil. Die Präsenz des Militärs hatte Auswirkungen auf die gesamte Gemeinde. Xavier,



Ein Schulgebäude in Kidapawan. (Foto: Dieter Zabel)

ein Lehrer, erinnert sich: „Hier [an der FFTMS] habe ich das wahre Wesen der freien Bildung erfahren. [...] Als die Schließung auf Druck des Militärs bekannt gegeben wurde, haben Eltern, Schüler:innen und [...] Lehrkräfte wirklich geweint und konnten dies nur schwer akzeptieren.“

Das Kinderrechtsnetzwerk Rettet unsere Schulen (SOS/ Save out Schools Network) berichtete, dass zwischen Juli 2016 und Dezember 2019 162 Schulen von der philippinischen Regierung geschlossen wurden, wovon über 4.792 Kinder betroffen waren.<sup>26</sup> Ocín, einer der Schüler, sagte: „Mga NPA man bala ila ginalagas. Ngaa nga kami man iya nga mga estudyante ila initan? Ngaa mga ginikanan kag mga maestra man namon ila sige ka init nga indi man kami mga NPA?“ (Sie sind hinter den NPAs her. Warum haben sie es auf uns Schüler:innen abgesehen? Wie kommt es, dass unsere Eltern und Lehrkräfte die Hauptleidtragenden sind, obwohl wir keine NPAs sind?)

## Der:Die Autor:in

**Patrice Amor** ist ein Pseudonym, das aus Sicherheitsgründen verwendet wird. Der:Die Autor:in setzt sich seit vielen Jahren für die Rechte indigener Völker und Gemeinschaften in Mindanao ein.

# Babaylanes und der Schutz von traditionellem Wissen



Babaylan Mary von den Higaanon bei der Arbeit. (Foto: Mirjam Overhoff)

**Die Babaylanes und ihre Rolle bei der generationenübergreifenden Weitergabe von indigenem medizinischem und heilendem Wissen werden nur selten als wichtiger Bestandteil der öffentlichen Gesundheitsversorgung anerkannt. Dabei spielen indigene Praktiken nicht nur bei der Heilung, sondern auch bei der Erhaltung des Gleichgewichts zwischen menschlichen Leben und Natur eine wichtige Rolle.**

## Heilen als Ritual: Die Wächter:innen traditionellen Wissens

Die Baylan oder Babaylan sind in den Philippinen von Mythen und Mystik umwoben, wobei sie eine wichtige und sich wandelnde Rolle im öffentlichen Gesundheitswesen

spielen. Die meisten ländlichen und indigenen Haushalte verfügen über eine Fülle von Volkswissen zur Behandlung gewöhnlicher, alltäglicher Krankheiten. Wenn die Krankheit jedoch als ernsthaft eingestuft wird oder wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie mehr Fachwissen benötigen, suchen sie eine Babaylan auf.

Eine Babaylan, auch *Balyan*, *Catalanon* oder *Kagun* genannt, ist in der Regel eine Frau, und ihre Rolle geht über die einer anonymen und informellen medizinischen Erstversorgerin, Kräuterkundigen und Hebamme hinaus; sie ist auch Seelsorgerin, Therapeutin, Beraterin, Sozialarbeiterin und vor allem das Medium zur Geisterwelt. Nach dem Volksglauben ist alles, was geschieht, auf eine Art Anito (Geist) zurückzuführen, der wohlwollend oder böswillig durch die Welt streift. Die Anitos werden über die Babaylan herbeigerufen, um für Segen und Schutz zu danken oder um im Falle von Krankheit, Dürre oder Seuchen um Gnade zu bitten. Die Heilung bleibt in den indigenen Gemeinschaften spirituell, wie ein religiöses Ritual. Daher ist die Babaylan nicht nur Heilerin, sondern oft auch Priesterin und moralischer Kompass.

## Westliche vs. traditionelle Medizin

Bei der Behandlung einer Krankheit würde ein:e westlich ausgebildete:r Arzt:Ärztin nach der biologischen oder physischen Ursache fragen. Eine Babaylan hingegen würde fragen, warum eine Krankheit aufgetreten ist – ein entscheidender Unterschied im diagnostischen Ansatz. Am häufigsten fragen Babaylanes, ob ein Vergehen begangen wurde, und wenn ja, wer oder welcher Anito beleidigt oder verärgert wurde.

Babaylanes sind gleichzeitig auch sehr sensibel für irdische Zusammenhänge, etwa wenn sie bestimmte Krankheiten auf eine Störung in der Umwelt zurückführen, wie die Verschmutzung, die auf den Bergbau oder den übermäßigen Einsatz von chemischen Pestiziden zurückzuführen ist. Der Anthropologe Brian Goldsmith<sup>29</sup> ist überzeugt, dass es ein Irrtum ist zu glauben, dass sich traditionelle Heiler:innen auf rituelle oder magisch-religiöse Heilmethoden be-

schränken, da sie auch rationale Verfahren anwenden und sich bei der Anwendung bestimmter Heilmittel auf empirische Beobachtungen stützen.

Babaylanes wissen, dass es Gemeinsamkeiten mit der westlichen Medizin gibt. Ein Beispiel ist der Fall, den Forschende des öffentlichen Gesundheitswesens 2014 bei den Hochland-Aetas in Bataan (Luzon) beobachteten. Ein Junge mit starken Bauchschmerzen wurde von seinen Eltern zur nächstgelegenen *Kagun* (der Aeta-Begriff für Heilerin) gebracht und es wurde ein *Pangangagun* (Heilungsritual) durchgeführt. Während des Rituals sagte die Kagun, der Anito habe ihr gesagt, der Junge solle sofort in ein Krankenhaus gebracht werden, da Anitos bei dieser Art von starken Schmerzen keine sofortige Linderung bringen könnten. Im Krankenhaus wurde bei dem Jungen eine Blinddarmentzündung diagnostiziert und operiert. Während der Operation waren seine Eltern zuversichtlich, dass er überleben würde, weil sie ihn zuerst zum Kagun-Ritual gebracht hatten.<sup>30</sup>

Indigene Gemeinschaften und ihre Babaylanes unterhalten „Waldapotheken“. Bei den Aetas von Bataan wurde beobachtet, dass sie westliche Medikamente (Paracetamol, Salben und andere) zur Behandlung von gewöhnlichen Krankheiten wie Fieber, Husten, Erkältungen und Juckreiz anwenden. Sie verwenden aber auch *pulot* (Honig), *talbos ng bayabas* (sprießende Guavenblätter), *tawas* (Alaun) oder *bawang* (Knoblauch), und sorgen dafür, dass sie genügend Vorräte davon haben.

In einer anderen Studie über Medizinalbäume im Hinterland von Agusan del Sur (Mindanao) wurden die wichtigsten Baumarten aufgelistet, die von den *Manobo*- und *Higaonon*-Gemeinschaften erhalten und geschützt werden.<sup>31</sup> Sie besitzen und pflegen zum Beispiel,

- *Mangga* (Mangobaum) als Heilmittel für Verstopfung, Husten, Durchfall und Magenbeschwerden;
- *Abihid* (Schweinepflaume) zur Behandlung von Erkältungen, Husten, Diabetes und Fieber;
- *Guyabano* (Stachelannone/Sauersack bzw. Guyabano), nicht nur als schmackhafte Frucht, sondern auch zur Behandlung von Harnwegsinfektionen und sogar Krebs;
- *Huling huling* (Arekapalme) gegen Brustkrebs, Arthritis, Asthma, Durchfall und Bluthochdruck.

Insgesamt wurden in der Studie 43 Bäume dokumentiert, die von *Manobo*- und *Higaonon*-Familien ausdrücklich als Quelle von Medikamenten und Heilmitteln für verschiedene Arten von Beschwerden genannt wurden. Die Pflege von Bäumen für medizinische Zwecke stärkt ihre Rolle als Hüter:innen ihrer angestammten Gebiete.



Herstellung einer Heilsalbe. (Foto: Hannah Wolf)

## Ein schwindender nationaler Schatz?

Bis heute werden Babaylanes in der städtischen Gesellschaft im Allgemeinen als ‚unwissenschaftliche, esoterische Sonderlinge‘ betrachtet, die von ‚Aberglauben und primitiven Glaubensvorstellungen umhüllt‘ sind. Anstatt sie als noch unverstandene Bewahrerinnen von Lebenswelten zu schätzen, die das menschliche Leben und die Natur im Gleichgewicht halten. Ihr immenses Wissen als Kräuterkundige wird erst allmählich systematisch in wissenschaftlichen Zeitschriften dokumentiert. Selbst in einem zukunftsweisenden Dokument wie dem IPRA von 1997 bleiben sie unsichtbar. Die Rolle, die sie in öffentlichen Gesundheitsprogrammen spielen können, wird bisher nicht gewürdigt.

Die Schaffung eines Zulassungssystems für Akupunktur:innen, Chiropraktiker:innen, Naturheilkundler:innen und Homöopath:innen durch das philippinische Institut für traditionelle und alternative Medizin (PITAHC/Philippine Institute of Traditional and Alternative Health Care) spiegelt die wachsende Anerkennung der Alternativmedizin wider. Es hat auch die Erforschung traditioneller Gesundheitspraktiken und Arzneimittel in indigenen Gemeinschaften finanziert, damit diese dokumentiert und besser verstanden werden können. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

### Der Autor

**Eric D. U. Gutierrez** ist derzeit Forschungsstipendiat für politische Ökologie und Agrarwissenschaften. Bis März 2026 wird er im südlichen Palawan Feldforschung betreiben, um die Auswirkungen der fortschreitenden Modernisierung auf die Ernährungssicherheit im Flachland und im Hochland sowie auf die lokale wirtschaftliche Diversifizierung zu dokumentieren.

# 3. Recht auf Partizipation und Schutz vor Gewalt

## Pink Vested Advocates: Präsenz inmitten von Gewalt

**Angesichts der weit verbreiteten Schikanen und Gewalt staatlicher und nichtstaatlicher Akteur:innen gegen indigene Lumad-Gemeinschaften in Mindanao haben die Unabhängige Kirche der Philippinen (IFI) und die betroffenen Gruppen ein Solidaritäts- und Schutzprogramm für die Lumad ins Leben gerufen.**

### Die Entstehung des IFI-Begleitprogramms

„Anstatt die Arme mit den Lumad zu verschränken, halten unsere Hände Telefone, Stifte und Papier, um Konfrontationen und Gewalt aufzuzeichnen.“ Dies erfuhr ich, als ich mich zum ersten Mal freiwillig für das Lumad-Begleitprogramm der IFI Mindanao-Bischofskonferenz meldete.

Das Begleitprogramm bot Unterstützung bei der Verhinderung oder Verringerung von Gewalt in der gefährdeten Gemeinschaft durch die Präsenz von Kirchenvertreter:innen. Die Lumad waren schon lange von bewaffneten Konflikten betroffen. Sie verschärften sich, als 2015 in Surigao del Sur<sup>32</sup> ein Schulleiter und zwei Lumad-Vorsitzende bei einem Massaker getötet wurden. Das Massaker löste die Evakuierung von Tausenden Lumad aus. Die Lumad, die ihr angestammtes Land verteidigten und ihre Rechte einforderten, waren Bombardierungen, Tötungen und Schikanen ausgesetzt. Die IFI sah die Notwendigkeit, sich mit diesem Problem zu befassen, und die Mindanao Lumad Ministry ergriff konkrete Maßnahmen, die von Solidarität und dem Grundsatz, „keinen Schaden anzurichten“ (Do no harm) geleitet wurden. Der Ansatz dieses Begleitprogramms beinhaltete auch, das Geschehen zu bezeugen und nicht zu missionieren. Zu Beginn des Programms gab es ein Treffen, um die Anliegen darzulegen und ein gemeinsames Verständnis von Fürsprache zu entwickeln. Daran nahmen Kirchenvertreter:innen, Vertreter:innen der Lumad-Organisationen Kalumaran und Mapasu in Surigao del Sur sowie Tindoga, eine Manobo-Organisation in Bukidnon, teil.

### Solidarität durch Beobachtung und Dokumentation

Die Lumad auf ihrem Weg zu Selbstbestimmung und ihrem Ahnenland zu begleiten, bedeutete ein Risiko für das eigene Leben und die eigene Sicherheit. Die Lumad wurden meistens von staatlichen Kräften als Terrorist:innen und Rebell:innen bezeichnet, wurden für Verbrechen beschuldigt, die sie nicht begangen hatten, und wurden überwacht. Lumad-Kindern wurde das Recht auf Bildung vorenthalten, weil das Militär in ihren Gemeinschaften kampierte und Schulen niederbrannte. Trotz dieser Bedrohung ging der Kampf um Land und Leben weiter. Die Freiwilligen brauchten Mut, stellten sich ihren Ängsten, kannten ihre Grenzen, versuchten etwas Neues und waren dazu aufgefordert, die Wahrheit zu sagen.

Personen, die sich dem Lumad-Begleitprogramm<sup>i</sup> angeschlossen, wurden Begleiter:innen genannt. Es handelte sich um Freiwillige aus den örtlichen Kirchen, sowohl Ordinierte als auch Lai:innen, die von ihren jeweiligen Bischöf:innen bestätigt wurden. Diese Begleiter:innen wurden in das Programm eingewiesen, um ihre Rolle und Aufgaben zu verstehen. Sie lernten die Situation der Gemeinschaft kennen, um den Kontext zu verstehen, die Kirche zu vertreten und Zeugnis abzulegen.

Die Begleiter:innen waren mit den Lumad solidarisch: Sie tauchten in das Gemeinschaftsleben ein, hörten zu, beobachteten die Kultur und teilten sich Mahlzeiten und Hausarbeiten. Die pinke Weste diente zum Schutz, kennzeichnete ihre Identität als Kirchenmitglieder und signalisierte, dass sie weder Mitglieder der Gemeinschaft noch bewaffnete Kämpfer:innen waren.

### „Du bist präsent, versteck dich nicht!“

Die pinke Weste erinnert mich an die Dinge, die ich aus dem Kampf der Lumad lernte. Ich wurde Zeugin von Aus-

<sup>i</sup> Komponenten der Mindanao Lumad Ministry: 1. Fürsprache; 2. Bildung; 3. politische Einflussnahme; 4. langfristige Begleitung; 5. Identifizierung, Vermittlung und Bereitstellung von juristischer und paralegaler Unterstützung.



Begleitprogramm der IFI in Mindanao. (Foto: IFI)

einandersetzungen, Wahlen, Erntedankfesten und -ritualen sowie der Erziehung von Kindern. In einer der Gemeinden, mit denen ich zu tun hatte, kam es zu Schikanen und wahllosen Schüssen durch Wachleute, die von einem Grundbesitzer in Bukidnon angeheuert worden waren. Am ersten Tag in der Gemeinde hörten wir einen Schuss in der Nähe der Gemeinde, und alle waren alarmiert. Wir versammelten uns daraufhin in dem Haus für spirituelle Praxis, planten, was zu tun war, und legten fest, wer Nachtwache halten sollte. Wir wurden mutiger, um dem nächsten Tag entgegenzutreten.

Überwachung und Berichterstattung waren unerlässliche Aufgaben. Ein Teil der Tätigkeit war der morgendliche Rundgang, bei dem die Grenzen des Gebiets abgelaufen und für Sichtbarkeit gesorgt wurde. Unser kirchlicher Koordinator erinnerte uns immer wieder: „Ihr seid präsent, versteckt euch nicht!“ Die Begleiter:innen trugen während des Rundgangs immer Mobiltelefone und Kameras bei sich und protokollierten täglich Beobachtungen und Veränderungen. Die Veröffentlichung von Echtzeitberichten in den sozialen Medien half, Informationen schnell zu verbreiten. Der Aufbau von Verbindungen zu einem breiteren Netzwerk konnte Belästigungen und Gewalt vorbeugen, da widerrechtliche Handlungen aufgezeichnet und veröffentlicht wurden.

## Lob und Verunglimpfung

Das Programm wurde bekannter, es erschienen Artikel auf verschiedenen Nachrichtenportalen und in Publikationen.<sup>33</sup> Den Kirchengemeinden wurde die Situation der Lumad bewusster und sie sahen die Notwendigkeit, zu reagieren. Das Engagement hatte Auswirkungen auf die Lumad-Gemeinschaft, wie Datu<sup>ii</sup> Andong, Vorsteher der Gemeinschaft, sagte: „Wir haben gespürt, dass Belästigungen durch die Anwesenheit von Begleiter:innen nach-

ii Datu ist ein Titel, der die Vorstehenden indigener Gemeinschaften in den Philippinen bezeichnet. Der Titel wird bis heute verwendet, wenn auch nicht mehr so häufig wie früher.



lassen und unsere Situation nach außen hin bekannter ist.“ Dieser Erfolg führte dazu, dass vier weitere Begleiter:innen-Gruppen in drei Lumad-Gemeinden eingesetzt waren, bis das Programm eingestellt wurde.

Angriffe folgen immer dann, wenn ein Programm zur Stärkung derjenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen und in die Armut gedrängt werden, Auswirkungen auf die Gesellschaft hat. Als Kirche wurde die IFI wegen ihrer Fürsprache und ihres Dienstes verunglimpft und Opfer von red-tagging. Einmal brachte ein Radio in Bukidnon die Nachricht, dass pinke Armeen bei den Lumad lebten. In Surigao besuchte das Militär die Begleiter:innen während ihres Einsatzes. In Zamboanga wurde die IFI als Kirche und ihre Leiter mit Graffiti-Sprühereien als Terrorist:innen und Unterstützer:innen der NPA bezeichnet. Doch das tat der Arbeit keinen Abbruch, sie wurde beharrlich fortgesetzt.

Die Angst war spürbar, aber die Unterstützung der Gemeinschaft und die positive Reaktion auf den Einsatz machten uns Mut. Die Lumad waren äußerst stark und vertraten ihre Prinzipien, was ich wirklich bewunderte. Das Begleitprogramm wurde wegen der Ausrufung des Kriegsrechts in Mindanao und der verstärkten Militarisierung in den Lumad Gemeinden ruhen gelassen, um die Sicherheit der „Pinken-Westen“ und der Gemeinden zu gewährleisten. Wir von der IFI werden Wege finden, unsere Arbeit fortzusetzen und von der Tapferkeit und dem kollektiven Leben der Lumad zu lernen.

## Die Autorin

**Christy Mae Quimno** ist von Beruf Website-Designerin und studiert derzeit Psychologie. Sie ist Jugendvertreterin der Iglesia Filipina Independiente (IFI) und nahm 2016 an der ersten Gruppe des Lumad Accompaniment Program teil. Anschließend begleitete sie die nächsten Gruppen des Programms als Mitarbeiterin. Das Leben mit den Lumad hat sie in ihrem Glauben bestärkt und sie dazu gebracht, sich für die Rechte indigener Völker einzusetzen.

# Der Kampf um volle Anerkennung ihrer Rechte hält an: Indigene Gemeinschaften in der Bangsamoro Region

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Verabschiedung des IPRA kämpfen indigene Gemeinschaften in der Bangsamoro Region weiterhin um die Anerkennung ihrer Rechte. Aufgrund ihrer besonderen Lage innerhalb der autonomen Bangsamoro Region sind sie vom Schutz der Rechte, die anderen indigenen Gemeinschaften in den Philippinen garantiert werden, ausgeschlossen und laufen Gefahr, aufgrund ihrer Position als „Minderheit zweiter Klasse“ in der autonomen Region weiter marginalisiert zu werden.

## Einleitung

Die BARMM ist eine autonome Region im Süden der Philippinen, die 2019 gegründet wurde und den über vier Jahrzehnte andauernden bewaffneten Konflikt zwischen der secessionistischen Moro Islamischen Befreiungsfront ( MILF/ Moro Islamic Liberation Front) und der philippinischen Regierung beendete. Während die Einrichtung der BARMM an sich eine Anerkennung des Rechts der Moro auf Selbstbestimmung darstellt, beherbergt die Region vielfältige Bevölkerungsgruppen, die nicht nur aus der muslimischen Mehrheit, sondern auch aus christlichen Siedler:innen und nicht-muslimischen indigenen Gemeinschaften besteht. Die nicht-muslimischen indigenen Gemeinschaften, die oft als NMIP (Non-Moro Indigenous Peoples) bezeichnet werden, haben nicht nur unter einer ähnlichen Geschichte der Marginalisierung zu leiden wie indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der BARMM, sondern stehen auch vor einer Reihe von Herausforderungen, die sich aus ihrem Status als Minderheit in der neu geschaffenen autonomen Region ergeben. Die laufende Übergangsphase, in der das Friedensabkommen umgesetzt

werden soll, ist ein kritischer Moment, um den Schutz ihrer Rechte und ihre volle Einbeziehung in die Bangsamoro, als neue politische Einheit, zu gewährleisten.

## Non-Moro Indigenous Peoples als „Minderheit zweiter Klasse“

Die Bezeichnung *Non-Moro Indigenous Peoples* ist eine kollektive Identität, die sich auf sechs verschiedene indigene Gemeinschaften bezieht – die Teduray, Lambangian, Dulangan Manobo, Erumanen ne Menuvu, Blaan und Higaonon. Verteidiger:innen der Rechte indigener Gemeinschaften unterscheiden den Begriff von den 13 ethnolinguistischen Gruppen in der Region, die historisch gesehen den Islam angenommen haben und gemeinsam als Moro-Volk bezeichnet werden. Innerhalb der BARMM stellen sie eine kleine Minderheit von etwa zwei Prozent der Bevölkerung dar. Sie können somit als „Minderheit zweiter Klasse“ betrachtet werden, d.h. als eine Minderheit, die sich in einem Gebiet befindet, das von einer Gruppe dominiert wird, die selbst eine Minderheit im nationalen Kontext darstellt.<sup>34</sup>

Aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion oder ihrer Lage in ressourcenreichen Gebieten haben sowohl die Moro als auch die NMIP unter Kolonisierung, Marginalisierung, weitverbreiteter illegaler Landnahme und historischer Gewalt gelitten. Die Erfahrungen von Vertreibung, struktureller Marginalisierung und religiöser Diskriminierung haben zur Herausbildung der kollektiven Identität der Moro und ihres Sezessionskampfes geführt und bilden den Kern des Bangsamoro-Konflikts. Obwohl die NMIP nicht in gleichem Maße von Verfolgung durch



Indigene Non-Moro und Moro Frauen sowie Christinnen bei einer Bangsamoro-Frauenkonferenz im Rahmen des Friedensprozess. (Foto: Irene dela Torre)

die Kolonialregierungen betroffen waren, wurden sie in der Vergangenheit ebenfalls durch bürokratische Vernachlässigung und Landenteignung marginalisiert.

Außerdem haben sie unter den Auswirkungen des Bangsamoro Konflikts durch Gewalt und Vertreibung gelitten. Während der Friedensverhandlungen zwischen der MILF und der philippinischen Regierung (1996–2012), die die Beteiligung der NMIP vorsah, versprachen beide Konfliktparteien, dass die NMIP von dem Friedensabkommen profitieren würden. Die Vertreter:innen der indigenen Gemeinschaften verstanden dies häufig als bloße symbolische Teilnahme (Tokenism)<sup>i</sup> und wurden daher aufgrund ihrer kritischen Bemerkungen als „Miesmacher:innen“ des Friedensabkommens bezeichnet. Kontroverse Themen wie konkurrierende Landansprüche, mangelnder Zugang zu Entscheidungsräumen und die Präsenz von MILF-Lagern in angestammten Gebieten bleiben somit ungelöst.<sup>35</sup>

## Verwirklichung des Rechtsschutzes – Herausforderungen und Chancen

Die Einrichtung der BARMM stellt eine entscheidende Gelegenheit dar, die Mängel in der Verwaltung der früheren autonomen Region zu beheben, einen soliden Rahmen für den Schutz der Rechte indigener Gemeinschaften zu schaffen und so zu einem gerechten und dauerhaften Frieden beizutragen. Während IPRA diesen Rahmen auf nationaler Ebene bietet, waren die NMIP aufgrund von Unklarheiten bezüglich der Anwendbarkeit des IPRA in der autonomen Region de facto vom Schutz der Rechte indigener Gemein-

<sup>i</sup> Tokenism als ein Akt, der vorgibt die NMIP zu berücksichtigen, ihnen aber langfristig keinen Zugang zu Gerechtigkeit ermöglicht.

### Bangsamoro's Tri-People

Der Begriff **Moro** wurde in der Vergangenheit von den spanischen Kolonialherren als abwertende Bezeichnung für muslimische Filipinx<sup>i</sup> verwendet. Seit den 1970er Jahren wird er von den Sezessionist:innen für sich beansprucht, um Unterstützung für die Idee eines „Moro“-Volkes oder einer Nation (Bangsamoro) zu mobilisieren. Es handelt sich um eine kollektive politische Identität, die 13 verschiedene ethnolinguistische Gruppen umfasst. Obwohl diese 13 ethnolinguistischen Gruppen nach dem IPRA als indigene Gemeinschaften gelten, bezeichnen sie sich in der Regel nicht selbst als solche, sondern kämpfen als „Volk“ gemeinsam mit dem philippinischen Volk um Selbstbestimmung.

Der Begriff **Non-Moro Indigenous Peoples (NMIP)** bezieht sich auf die in der Bangsamoro-Region lebenden indigenen Gemeinschaften, die den Islam nicht gemeinschaftlich angenommen haben. Der Begriff wurde im Zusammenhang mit der Gründung der Bangsamoro-Region geprägt, um die besonderen Herausforderungen dieser nicht-muslimischen indigenen Gemeinschaften hervorzuheben.

**Christliche Siedler:innen** sind die dritte Gruppe in der Bangsamoro-Bevölkerung, die üblicherweise als Tri-People bezeichnet wird. Dieser Begriff bezieht sich auf Filipinx aus anderen Regionen der Philippinen, wie Luzon und den Visayas, die im Rahmen groß angelegter Umsiedlungsprogramme der US-Kolonialverwaltung und der philippinischen Regierung nach Mindanao gezogen sind.

<sup>i</sup> Filipinx ist ein vor allem in der philippinischen Diaspora verwendeter Begriff für Menschen philippinischer Herkunft oder Abstammung, der alle Gender inkludiert.

### Umwandlung von Militärcamps auf indigenem Land

Einer der wichtigsten Beschwerdepunkte, die von NMIP-Vertreter:innen während der Übergangszeit vorgebracht wurden, ist der Konflikt um die Umwandlung von Militärcamps in angestammte Gebiete. Während der Bangsamoro-Konflikte wurden zwei Camps der militärischen Bangsamoro Islamic Armed Forces, Camp Omar und Camp Bader, innerhalb der angestammten Gebiete der NMIP errichtet, ohne dass ein FPIC der indigenen Gemeinschaften eingeholt wurde. Im Rahmen der Umsetzung des Friedensabkommens sollen diese Lager in produktive Gebiete für die dort lebenden Bevölkerungsgruppen umgewandelt werden, die sich häufig aus ehemaligen Kämpfer:innen zusammensetzen. NMIP-Vertreter:innen, insbesondere die Teduray, machen stattdessen ihre Rechte auf das angestammte Gebiet geltend und fordern die Rückgabe des Landes an die indigenen Gemeinschaften, zu dem auch die heiligste Stätte der Teduray, der Berg Firis, gehört. Während die Umwandlung der Camps ein wichtiger Aspekt des Übergangs aus dem gewaltsamen Konflikt ist, beklagen die NMIP-Vertreter:innen, dass sie statt eines gewaltsamen Konflikts nun durch den Normalisierungsprozess selbst verdrängt werden.<sup>37</sup>

schaften ausgeschlossen. Diese Lücke soll durch ein regionales Gesetz über die Rechte indigener Gemeinschaften geschlossen werden, das die Bangsamoro-Übergangsbehörde im Rahmen des Übergangsprozesses verabschieden muss. Dieser Prozess soll 2025 abgeschlossen werden.

Die Ausarbeitung dieses Gesetzes hat sich jedoch als umstritten erwiesen, da sie heikle Identitätsfragen und ungelöste Landkonflikte zwischen NMIPs und Moro-Gruppen, einschließlich einiger MILF-Mitglieder, berührt. Während einige Bestimmungen des Gesetzesentwurfs tatsächlich die Mängel beheben und somit das Versprechen erfüllen, eine verbesserte Version des IPRA zu liefern, setzen andere die im Friedensprozess selbst zu beobachtenden assimilationistischen Tendenzen fort. Zu diesen Tendenzen gehört die Idee, dass die NMIP ein „jüngerer Bruder“ des Moro-Volkes seien und dass die Bangsamoro Region ein einziges, einheitliches Ahnenland darstelle. Solche Narrative bergen die Gefahr, dass die Pluralität der indigenen Identitäten und die Anerkennung ihres inhärenten Rechts auf Selbstbestimmung als eigenständige indigene Gemeinschaften mit ihren jeweiligen Ahnenländern, kulturellen Praktiken und Verwaltungsstrukturen verleugnet werden. Der weitere Verlust der Kontrolle über ihr Ahnenland ist äußerst

besorgniserregend, wie in den Erklärungen von NMIP-Aktivist:innen wie dem *Legal Rights and Natural Resources Center – Kasama sa Kalikasan* zum Ausdruck kommt: „Die angestammten Gebiete sind ein wesentlicher Bestandteil der Identität der NMIPs. Ohne die Anerkennung ihrer Rechte auf die angestammten Gebiete ist es gleichbedeutend mit der Verleugnung dessen, was sie als Völker sind“.<sup>36</sup> Die aktuellen Beratungen über den Gesetzesentwurf und die anhaltende Weigerung der Bangsamoro-Regierung, frühere Prozesse zur Abgrenzung der angestammten Gebiete anzuerkennen, verstärken daher die Befürchtungen der NMIP, in der autonomen Bangsamoro-Region weiter marginalisiert zu werden.

## Anerkennung der Rechte für einen dauerhaften Frieden

Eine wirksame Lösung für die Situation der NMIP ist ein wesentlicher Bestandteil eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Bangsamoro-Region. Diese muss auf etablierten Rechtsstandards aufbauen, wie sie im IPRA und in der UNDRIP niedergelegt sind, und die besondere Situation der NMIP in einer autonomen Region berücksichtigen. NMIP-Aktivist:innen haben sich dafür eingesetzt, dass wirksame Mechanismen für die Umsetzung rechtlicher Richtlinien geschaffen werden und werden dies auch weiterhin tun – durch die Schaffung eines eigenen regionalen Gesetzes zum Schutz indigener Rechte und darüber hinaus.

### Die Autorin

**Lena Muhs** arbeitet derzeit als Forschungs- und Kommunikationsmanagerin beim forumZFD Philippinen. Als solche betreibt sie angewandte Friedensforschung im Rahmen von Projekten zur gewaltfreien Konflikttransformation. Sie arbeitete unter anderem als Menschenrechtsbeobachterin in den Philippinen und publizierte über außergerichtliche Hinrichtungen, Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte sowie indigene Selbstbestimmung.



# Endnoten

- 1 Legal Rights and Natural Resources Center (2023): State of the Indigenous Peoples Address. Verfügbar unter: [https://www.lrcksk.org/\\_files/ugd/dc2292\\_1ccc60a6346b4d849dfb1a4b9d8b3f1a.pdf](https://www.lrcksk.org/_files/ugd/dc2292_1ccc60a6346b4d849dfb1a4b9d8b3f1a.pdf)
- 2 Schroeter, M.; Amador III, J. (2024): Philippines–Germany relations: Strengthening ties amid growing Indo-Pacific tensions. Facts. Verfügbar unter: <https://www.factsasia.org/blog/philippines-germany-relations-strengthening-ties-amid-growing-indo-pacific-tensions>
- 3 Europäische Kommission – Pressemitteilung (2024): EU und Philippinen kündigen Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen. Verfügbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip\\_24\\_1504/IP\\_24\\_1504\\_EN.pdf](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_24_1504/IP_24_1504_EN.pdf)
- 4 IWGIA (2023): The Indigenous World 2023: Philippines. Verfügbar unter: <https://www.iwgia.org/en/philippines/5132-iw-2023-philippines.html>
- 5 philippinenbüro (2023): Factsheet Philippinen. Indigene Völker und Gemeinschaften. Verfügbar unter: [https://www.asienhaus.de/archiv/user\\_upload/Factsheet\\_IP\\_Final\\_OEPK\\_2023.pdf](https://www.asienhaus.de/archiv/user_upload/Factsheet_IP_Final_OEPK_2023.pdf)
- 6 Legal Rights and Natural Resources Center (2023): State of the Indigenous Peoples Address. Verfügbar unter: [https://www.lrcksk.org/\\_files/ugd/dc2292\\_1ccc60a6346b4d849dfb1a4b9d8b3f1a.pdf](https://www.lrcksk.org/_files/ugd/dc2292_1ccc60a6346b4d849dfb1a4b9d8b3f1a.pdf); Karapatan (2023): Year End Report on the Human Rights Situation in the Philippines. Verfügbar unter: <https://www.karapatan.org/report/2023-karapatan-year-end-report-on-the-human-rights-situation-in-the-philippines/>
- 7 Tebtebba (o.J.): The Philippines Factsheet. Verfügbar unter: <https://www.tebtebba.org/index.php/resources-menu/policy-briefs-and-information-service/53-the-philippines-factsheet/file>
- 8 The LawPhil Project (o.J.): Presidential Proclamation No. 67 of 1962. Verfügbar unter: [https://lawphil.net/executive/proc/proc1962/proc\\_67\\_1962.html](https://lawphil.net/executive/proc/proc1962/proc_67_1962.html)
- 9 Iloilo Legal Assistance Center (2022): Land and Life. The Tumanok People of Panay and their Struggle. S. 18
- 10 Ebenda, S. 19
- 11 Ebenda, S. 24
- 12 Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2013): Assessing Free and Prior Informed Consent (FPIC) implementation in the Philippines. Verfügbar unter: <https://www.giz.de/de/downloads/giz2013-en-assessing-free-and-prior-informed-consent-fpic-philippinen.pdf>; MacInnes, A., Colchester, M., Whitmore, A. (2017): Free, prior and informed consent: how to rectify the devastating consequences of harmful mining for indigenous peoples, Elsevier. Vol. 15, Nr. 3., S. 152–160. Verfügbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S167900731730004X#sec0020>
- 13 Legal Rights Center (2024): A Call for Effective and Genuine Consultations on the Revised FPIC Guidelines. Verfügbar unter: <https://www.lrcksk.org/post/a-call-for-effective-and-genuine-consultations-on-the-revised-fpic-guidelines>
- 14 La Viña, A. (2016): Human Rights, Ecosystems, and Climate Change, Manila Standard, 8. März. Verfügbar unter: <https://manilastandard.net/?p=201183>
- 15 philippinenbüro (Hrsg.) (2011): Rohstofffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen.
- 16 Alyansa Tigil Mina (2011): Policy Paper on Mining and Climate Change. Nicht veröffentlicht.
- 17 Inquirer (2012): Catholic priest gets international award for Mindoro mining fight, Inquirer, 17. April. Verfügbar unter: <https://globalnation.inquirer.net/33507/catholic-priest-gets-international-award-over-mindoro-mining-fight>
- 18 De Vera, S. (2022): Dam projects to swallow sacred grounds of Cordillera's river people. Verfügbar unter: <https://www.rappler.com/philippines/dam-projects-swallow-sacred-grounds-isnag-river-people-cordillera/>
- 19 Cultural Survival (2023): Indigenous Peoples Continue 100-year Fight Against Large-Scale Gold Mining in the Philippines. Verfügbar unter: <https://www.culturalsurvival.org/news/indigenous-peoples-continue-100-year-fight-against-large-scale-gold-mining-philippines>
- 20 LawPhil Project (2024): National Commission of Indigenous People. Verfügbar unter: <https://lawphil.net/administ/ncip/ncip.html>; Republic Act No. 8371. Verfügbar unter: <https://faolex.fao.org/docs/pdf/phi13930.pdf>
- 21 Legal Rights Center (2020): Groups decry issuance of NCIP permit for the potentially calamitous Tampakan mining project. Verfügbar unter: <https://www.lrcksk.org/post/groups-decry-issuance-of-ncip-permit-for-the-potentially-calamitous-tampakan-mining-project>; Climate Rights International (2023): CRI and Manila Observatory Letter to Philippines President Marcos on the Kaliwa Dam Project. Verfügbar unter: <https://cri.org/cri-manila-observatory-letter-philippines-president-marcos-kaliwa-dam-project/>
- 22 Mawis, S.M.D. (2020): Understanding the rights of indigenous people's to their ancestral domain. Inquirer.net. Verfügbar unter: <https://business.inquirer.net/294122/understanding-the-indigenous-peoples-rights-to-their-ancestral-domain>
- 23 United Nations (2007): United Nations Declaration on the Rights of Indigenous People. Verfügbar unter: [https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/wp-content/uploads/sites/19/2018/11/UNDRIP\\_E\\_web.pdf](https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/wp-content/uploads/sites/19/2018/11/UNDRIP_E_web.pdf)
- 24 La Viña, T. (2021): In Defense of the Lumad Schools. Verfügbar unter: <https://tonylavina.wordpress.com/2021/05/31/in-defense-of-the-lumad-schools/>

- 25 Malacanang Palace (2018): Executive Order No. 70. Verfügbar unter: <https://www.officialgazette.gov.ph/downloads/2018/12dec/20181204-EO-70-RRD.pdf>
- 26 Nolasco, M.; La Viña, T. (2021): 'Lumad' schools and the right to education. Verfügbar unter: <https://opinion.inquirer.net/140876/lumad-schools-and-the-right-to-education>
- 27 Mindanao Lumad Facts (2024): Lumad. Verfügbar unter: <https://mindalumad.info/lumad-tribes/>; Rappler (2017): Infographic: Who are the Lumad? Verfügbar unter: <https://www.rappler.com/moveph/178181-infographic-lumad-indigenous-peoples/>
- 28 IPON (2014): Red Baiting. A Systematic Defamation of Political Activists. Observer. Vol. 6. Nr. 1. Verfügbar unter: [https://ipon-philippines.org/wp-content/uploads/ObserverJournal/Observer\\_Vol.6\\_Nr.1\\_RedBaiting2.pdf](https://ipon-philippines.org/wp-content/uploads/ObserverJournal/Observer_Vol.6_Nr.1_RedBaiting2.pdf)
- 29 Morris, B. (1986): Herbalism and Divination in Southern Malawi. In: Social Science and Medicine, Vol. 23, Nr. 4, S. 367-377.
- 30 Balilla, V.S., et. al (2014): The Assimilation of Western Medicine into a Semi-Nomadic Health Care System: A Case Study of Indigenous Aeta Magbukun, Philippines. In: EcoHealth. Verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s10393-014-0919-x>
- 31 Dapar, et. al (2020): Ethnomedical Importance and Conservation Status of Medicinal Trees among Indigenous Communities in Esperanza, Agusan del Sur, Philippines. In: Journal of Complementary Medicine Research, Vol. 11, Nr. 1. Verfügbar unter: <https://www.jocmr.com/uploads/paper/c04644019993d34034499e-9b54e915eb.pdf>
- 32 Manlupig, K. (2015): School head, 2 lumad leaders killed in Surigao del Sur. Rappler. Verfügbar unter: <https://www.rappler.com/nation/104433-school-head-lumad-leaders-killed-surigao-del-sur>
- 33 Espina-Verona, I. (2017): Lay volunteers fan out to protect Filipino tribes. UCANews. Verfügbar unter: <https://www.ucanews.com/news/lay-volunteers-fan-out-to-protect-filipino-tribes/80612>
- 34 Barter, S.J. (2015): "Second-order" Ethnic Minorities in Asian Secessionist Conflicts: Problems and Prospects. In: 16 Asian Ethnicity 2.
- 35 International Crisis Group (2011): The Philippines: Indigenous Rights and the MILF Peace Process. In: Asia Report, Nr. 213. Verfügbar unter: <https://icg-prod.s3.amazonaws.com/213-the-philippines-Indigenous-rights-and-the-milf-peace-process.pdf>; Paredes, O. (2015): Indigenous v Native: Negotiating the Place of Lumads in a Bangsamoro Homeland. In: 16 Asian Ethnicity 2.
- 36 Bacongco, K. (2024): Advocacy Groups Air Concern Over IP Code Being Sought By BTA. Manila Bulletin. Verfügbar unter: <https://mb.com.ph/2024/5/27/advocacy-groups-air-concern-over-ip-code-being-sought-by-bta>
- 37 Focus on the Global South (2024): LOYUKAN TO DIPLOMATIC COMMUNITY: Protect Rights and Ensure Participation of Non-Moro Indigenous Peoples In Peace and Development Efforts In BARMM. Verfügbar unter: <https://focusweb.org/loyukan-to-diplomatic-community-protect-rights-and-ensure-participation-of-non-moro-indigenous-peoples-in-peace-and-development-efforts-in-barmm/>

# Über die Organisationen

**Dagsaw PGIpnet** (Panay Guimaras Indigenous People's Network) ist ein Netzwerk indigener Gemeinschaften und Interessenvertreter:innen, die sich um die Rechte und das Wohlergehen der indigenen Gemeinschaften sorgen. Sie ist eine gemeinnützige Organisation, die 2011 gegründet wurde.

Das **DSAC** (Diocesan Social Action Center) agiert als der anwaltschaftliche, entwicklungspolitische und humanitäre Arm der lokalen katholischen Kirche in Oriental Mindoro, der sich für die Marginalisierten und die am meisten gefährdeten Menschen einsetzt. Mit wirkungsvollen Programmen geht sie auf die vielfältigen Herausforderungen ein, mit denen Menschen in Armut konfrontiert sind, und legt Schwerpunkte auf Agrarökologie, die Bildung von Selbsthilfegruppen und die Förderung von Sozialunternehmen. Außerdem setzt sie sich unermüdlich für die Rechte der Indigenen und die Rechte der Natur ein.

**forumZFD** (forum Ziviler Friedensdienst) ist eine internationale Friedensförderungsorganisation, die sich in elf Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien (seit 2007 in Mindanao, Philippinen) für Konflikttransformation einsetzt. Von seinen drei philippinischen Projektbüros in Davao City, Butuan City und Cotabato City aus arbeitet das forumZFD mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, indigenen Organisationen, Journalist:innen, akademischen Einrichtungen und staatlichen Akteur:innen zusammen, um gewaltfreie Wege der Konfliktbewältigung zu fördern.

Die **IFI** (Iglesia Filipina Independiente) wurde 1902 gegründet und ist eine unabhängige katholische Kirche, die in Gemeinschaft mit den Mitgliedskirchen der Anglikanischen Kirche oder der Union der Altkatholischen Kirchen steht. In der Vergangenheit hat sich die IFI in den Philippinen für soziale und politische Themen engagiert, wie z. B. für Arbeit:innenrechte, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und die Rechte indigener Völker. Derzeit unterhält die IFI 49 Diözesen in den Philippinen und 2 Diözesen in den USA und Kanada mit mehr als 897 Gemeinden und Missionen. Die IFI ist Mitgliedskirche des National Council of Churches in the Philippines (NCCP).

**Tebtebba** (Internationales Zentrum für politische Forschung und Bildung für indigene Völker) wurde 1996 gegründet und ist vor allem ein Forschungs-, Advocacy- und Ausbildungszentrum für Indigene – Tebtebba bedeutet Diskussion / Debatte. Mit ihrer Forschung und Arbeit macht Tebtebba die Belange der indigenen Gemeinschaften sichtbar und verschafft ihnen Stimmen Gehör, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Philippinen. Tebtebba bietet Schulungen an, um das Bewusstsein für die Rechte der indigenen Völker zu schärfen und indigene Gemeinschaften zu stärken.

# Über die Redaktion

## Über die herausgebenden Organisationen

Seit bald vier Jahrzehnten tritt das **philippinenbüro** für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Solidarität in seiner entwicklungspolitischen Bildungsarbeit-, Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit zu den Philippinen ein. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus den Philippinen und der philippinischen Diaspora in Deutschland setzt das **philippinenbüro** auf Vernetzung, Information und politisches Engagement, das auch deutsche und europäische Politiker:innen sowie die Zivilgesellschaft in die Verantwortung nimmt.

Das **Ökumenewerk der Nordkirche** (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland) gestaltet und fördert die Beziehungen der Nordkirche zu Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen in Afrika, Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika, Europa und im Pazifik. Gemeinsam mit weltweiten Partner:innen engagiert sich das Werk für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Seit 2015 besteht eine Zusammenarbeit mit der Iglesia Filipina Independiente (IFI) in den Philippinen, diese wird durch ökumenische Mitarbeiter:innen in der Seemannsmission Hamburg, einem Freiwilligenaustausch und Projektförderung intensiviert.

Die Broschüre wurde redaktionell und inhaltlich von Angela Dencker-Seibert, Isabel Friemann und Eric Gutierrez begleitet.

Wir danken allen Mitwirkenden an dieser Broschüre für ihre Expertise und ihr Engagement.

**Mirjam Overhoff** ist seit 2018 Geschäftsführerin des **philippinenbüro**. Seit 2013 arbeitet sie intensiv zu den Themen Migration und Diaspora rund um die Philippinen. Weitere Schwerpunktthemen ihrer Arbeit sind Menschenrechte, Politik, Stadtentwicklung, Klimawandel und der Umgang mit Müll in den Philippinen.

**Hannah Wolf** ist seit Januar 2018 als Bildungsreferentin und stellvertretende Geschäftsführerin für das **philippinenbüro** tätig. Sie war mehrere Jahre im Menschenrechtsbereich auf den Philippinen tätig und arbeitete von 2015-2017 für Caritas Luxemburg in der Katastrophennachsorge in Panay. Dort arbeitete sie auch mit den Tumandok in Tapaz, Capiz. Sie hat über außergerichtliche Tötungen, das Justizsystem, ländliche Gemeinschaften, gentechnisch veränderte Landwirtschaft und Menschenrechte veröffentlicht.

**philippinenbüro e.V.** im Asienhaus  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln

[info@philippinenbuero.de](mailto:info@philippinenbuero.de)  
[www.philippinenbuero.de](http://www.philippinenbuero.de)

**Gefördert von Engagement Global  
im Auftrag des**



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT



**Ökumenewerk  
der Nordkirche**  
Miteinander für globale Gerechtigkeit



**philippinenbüro e.V.**  
im Asienhaus